

Dr. Joachim Pfeiffer

(A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

und gegen moderne Energiepolitik.

Den Vogel schießen Sie mit den **Olympischen Spielen** ab.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von Atomlobbyisten lassen wir uns so etwas nicht sagen!)

Dass Sie gegen Skifahren auf künstlichen Hügeln sind, kann man noch belächeln. Aber dass Sie gegen ein Infrastruktur- und Standortprogramm wie die Olympischen Spiele sind, ist unglaublich. Das ist ein Skandal. Es ist kurzfristig, und damit schaden Sie dem Standort Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir wissen schon lange, dass Sie gegen alles sind. Seit dem Wochenende wissen wir aber auch, wofür Sie sind. Das muss man sich in der Tat auf der Zunge zergehen lassen, und wir sollten es den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land auch sagen. Sie wollen den Spitzensteuersatz erhöhen. Sie wollen die Gewerbesteuer ausweiten, statt die Freiberufler zu stärken. Sie wollen die Familienpolitik ändern, indem Sie die kostenlose Mitversicherung von nicht berufstätigen Ehepartnern abschaffen. Sie wollen das Ehegattensplitting abschaffen, die Beitragsbemessungsgrenze erhöhen, die private Krankenversicherung abschaffen und vieles mehr.

(B) (Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben überhaupt nicht aufgepasst!)

Ich sage Ihnen, was das für die Leistungsträger in unserem Land bedeutet. Für einen Polizeivollzugsbeamten im gehobenen Dienst mit einem Bruttojahresgehalt von 54 000 Euro bedeutet das eine monatliche Mehrbelastung von 135 Euro. Das sind 1 620 Euro im Jahr. Das ist die leistungsfeindliche Politik, die Sie betreiben.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben gar nichts verstanden!)

Für einen Angestellten mit einem Jahresgehalt von 66 000 Euro brutto bedeutet dies sogar eine monatliche Mehrbelastung von rund 460 Euro. Das sind pro Jahr 5 400 Euro mehr, mit denen Sie die Leistungsträger in diesem Land belasten. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unfug! Das ist doch frei erfunden, was Sie da erzählen! – Ulrich Kelber [SPD]: Jetzt für die beiden die Kopfprämienbelastung ausrechnen!)

Damit leisten Sie keinen Wachstumsbeitrag; Sie würden vielmehr das Wachstum ab. Wir haben zum ersten Mal seit langem in diesem Jahr wieder einen Wachstumsbeitrag durch die Binnenkonjunktur. Wenn ihnen das Geld fehlt oder sie Angst haben, werden die Menschen kein Geld ausgeben und keinen Wachstumsbeitrag

leisten können. Insofern sind Ihre Politik und Ihre Vorstellungen leistungsfeindlich, wachstumsfeindlich und familienfeindlich. (C)

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Ihre Rede ist wahrheitsfeindlich!)

Wenn es ein Risiko für den Standort Deutschland gibt, dann sind es neben Griechenland und Irland die Grünen. Das ist das Wachstums- und Haushaltsrisiko in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden unseren konsequenten **Wachstumskurs** mit Volldampf fortsetzen.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Viel Dampf war bei Ihrer Rede dabei! Außer Dampf haben wir nichts gesehen!)

Dies tun wir zur Not auch ohne die SPD, aber vor allem ohne die Grünen.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lobbyshreihals!)

Damit wird Deutschland wieder dorthin kommen, wo es hingehört, nämlich an die Spitze der Wirtschaft in Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das nennt man „Pfeiffern“ im Walde!)

(D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 09, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, in der Ausschussfassung. Wer stimmt für diesen Etat? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Einzelplan 09 mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt I.13 auf:

Einzelplan 16

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

– Drucksachen 17/3523, 17/3524 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Bernhard Schulte-Drüggelte

Sören Bartol

Heinz-Peter Haustein

Michael Leutert

Sven-Christian Kindler

Dazu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über den wir später namentlich abstimmen werden.

(Otto Fricke [FDP]: Leider ja!)

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Außerdem liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, über den wir am Freitag nach der Schlussabstimmung abstimmen werden.

Einvernehmen gibt es hoffentlich auch darüber, dass die Aussprache zu diesem Einzeletat ebenfalls 90 Minuten betragen soll. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst dem Kollegen Sören Bartol für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Sören Bartol (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei dem Minister und seinem Haus für die guten Haushaltsberatungen und die offenen Diskussionen – auch wenn wir inhaltlich nicht immer einer Meinung waren – bedanken.

Wenn heute der Einzelplan 16 in der vorliegenden Form verabschiedet wird, dann hat ein Trauerspiel seinen zweiten und wahrscheinlich leider nicht letzten Akt erreicht. Dann hat es die Koalition geschafft, unser Ansehen in der Welt zu ramponieren.

Die Kanzlerin hat in Kopenhagen zusätzlich 420 Millionen Euro jährlich für den internationalen **Klimaschutz** zugesagt. Dann hat sie einen Haushalt vorgelegt, der diese Zusage nicht einmal im Ansatz einzuhalten versucht. Und heute beschließt Schwarz-Gelb diesen Haushalt. Wer so handelt, der trägt die Verantwortung dafür, dass wir auf internationalen Konferenzen zu Klimafragen kein ernst zu nehmender Verhandlungspartner mehr sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch Quatsch!)

Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, sorgten gestern mit dem Haushalt des Entwicklungshilfeministeriums und sorgen heute mit dem Umwelthaushalt dafür, dass wir bei der bevorstehenden Konferenz in Cancún keine Basis haben, um für den Klimaschutz zu kämpfen. Wie können wir von anderen Anstrengungen fordern, wenn wir unsere eigenen Zusagen nicht einhalten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wäre ich der zuständige Minister, dann würde ich mich für das Verhalten meiner Regierung in dieser Frage schämen. Welch ein Trauerspiel!

Trauerspiel ist das richtige Wort auch für die weiteren Bereiche des Einzelplans 16. In der ersten Lesung am 14. September sagten Sie, Herr Röttgen – ich zitiere –:

Wir wollen, dass unser Land, dass Deutschland eine der effizientesten und klimafreundlichsten Volkswirtschaften der Welt wird. ... Das wollen wir auch durch Energiepolitik erreichen. ... Wir machen ein

energiepolitisches Einstiegskonzept in erneuerbare Energien und Energieeffizienz. (C)

Wenn Sie das wollen, Herr Minister, frage ich Sie: Warum tun Sie denn nichts dafür? Sie sagen, dass diese Regierung den Einstieg in die erneuerbaren Energien will, doch Sie fördern den Umstieg nicht, sondern Sie behindern ihn.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie senken die Mittel für das **Marktanreizprogramm**. Das Marktanreizprogramm hat im Haushalt 2010 eine bewegte Geschichte hinter sich: Kürzung, erneute Aufstockung, Mittelsperre und Mittelentsperre. Wir haben ausführlich über das Programm und dessen Wirkung gesprochen, auch darüber, dass dort jeder investierte Euro 7 bis 8 Euro von privater Seite mobilisiert, dass das Programm hochwirtschaftlich ist. Letztlich haben wir Übereinstimmung erzielt. Sonst wären die Mittel für 2010 nicht freigegeben worden. Was haben Sie daraus für 2011 gelernt? Gar nichts! Sie reduzieren die Mittel für das Programm um fast 70 Millionen Euro. Zudem haben Sie einzelne Fördersatzte und Boni gekürzt sowie die Zahl der förderfähigen Anlagentypen eingeschränkt. Anlagen, die in Neubauten errichtet werden, und solarthermische Anlagen fallen nun aus dem Förderkatalog. Viele Antragsteller werden so völlig leer ausgehen. Das ist doch kein Einstieg. Das ist Teil eines Ausstiegs aus der Förderung erneuerbarer Energien.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (D)

Die zweite Entscheidung, mit der Sie den Umstieg auf erneuerbare Energien behindern, ist die Verlängerung der **Laufzeiten von Atomkraftwerken**. Es gibt keinen einzigen sinnvollen Grund dafür. Weder die Energiekosten noch die Versorgungssicherheit noch der Klimaschutz sind überzeugende Gründe. Der einzig wahre Grund ist, dass Sie den vier großen Stromanbietern die Lizenz zum Gelddrucken verlängern.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Entscheidung haben Sie auch noch in einem Verfahren durchgesetzt, das die Rechte des Parlaments ignoriert. Sie befriedigen damit die Gier einzelner Konzerne auf Kosten unserer Sicherheit, auf Kosten der nächsten Generation, die es nach wie vor mit der völlig ungelösten Endlagerfrage zu tun bekommt.

(Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE]: Das ist Kapitalismus!)

Diesen Eindruck muss auch haben, wer sich die Haushaltsaspekte dieses Deals ansieht. Die Brennelementesteuer wird nur befristet, bis 2016, erhoben. Ihre Höhe wurde gegenüber dem ursprünglichen Ansatz auf zwei Drittel gedrückt. Die Kosten der sicherheitstechnischen Nachrüstung von AKWs werden auf 500 Millionen Euro gedeckelt. Von da an zahlt dann wieder die Allgemeinheit diese nicht abschätzbaren Kosten.

Sören Bartol

(A) Somit bleibt beim Atomdeal nur eine Sache sicher, nämlich der **Atom Müll**. Es gibt weltweit kein einziges Endlager für stark radioaktiven Abfall. Trotzdem werden durch die Laufzeitverlängerung zusätzlich 4 500 Tonnen hochradioaktiver Müll in Kauf genommen. Das ist eine Tonne für jeden einzelnen Tag der Laufzeitverlängerung.

Bei der Suche nach einem Endlager zeigt dieser Haushalt klar, dass die Regierung einzig und allein Gorleben im Visier hat. Es soll fast 26 Millionen Euro mehr Mittel für Gorleben geben. Gleichzeitig kürzen Sie die Mittel zur Erforschung anderer Standorte um 500 000 Euro. Es ist besonders auffällig, was im Bereich der Personalstellen beim Bundesamt für Strahlenschutz geschieht. Da werden 17 neue Stellen geschaffen, und diese Stellen sind ausschließlich für den Bereich des geplanten Endlagers Gorleben gedacht. Dies ist eine unzulässige Festlegung und Beschränkung. Wir müssen doch alle Ressourcen für einen offenen Auswahlprozess nutzen. Sonst steuern wir in eine Sackgasse.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Ulrich Kelber [SPD]: Gorleben-Minister!)

– Genau.

Ohne Not haben Sie den gesellschaftlichen Konsens in der Frage des Atomausstiegs aufgekündigt. Der jüngste Castortransport hat gezeigt, dass die Menschen dies nicht hinnehmen werden. Auch die Auswirkungen für die erneuerbaren Energien sind fatal. Der Atomstrom wird die Leitungen zulasten der erneuerbaren Energien verstopfen; denn Atommeiler lassen sich nicht kurzfristig ab- und anschalten, wie Sie wissen. Zu den Verlierern dieses Deals gehören die kommunalen Versorger und die kleinen, neuen Energieunternehmen, die in den vergangenen Jahren in hochmoderne und effiziente Anlagen investiert haben.

(B) Wir Sozialdemokraten wollen einen tatsächlichen Umstieg auf **erneuerbare Energien**. Wir wollen ihn, weil er das Klima schützen hilft, weil er unser Land zukunftsfähig macht und weil er über die Schaffung von Arbeitsplätzen und die entsprechende Wertschöpfung den Menschen in unserem Land dient. Dem allen dient die Umwelt- und Haushaltspolitik dieser Regierung nicht, lieber Herr Minister. Das machen wir nicht mit. Deswegen werden wir diesem schlechten Haushalt natürlich nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Schulte-Drüggelte für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorausschicken, dass die Regierung ein

klares, verlässliches und langfristiges Energiekonzept hat, das Orientierung bietet, Herr Kollege Bartol. So viel vorab. Da es sich um eine Haushaltsdebatte handelt, möchte ich nun auf den Haushalt des Umweltministeriums eingehen. (C)

(Sören Bartol [SPD]: Das wird schwierig! Da steht nichts drin!)

– Ja, ich mache es.

Dieser Haushalt hat ein Gesamtvolumen von 1,6 Milliarden Euro. Gegen den Trend hin zum Sparhaushalt ist hier eine Steigerung um 3,1 Prozent im Vergleich zu 2010 zu verzeichnen. Das ist ein sehr positives Zeichen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nur im Atombereich!)

Ich möchte eines ganz klar sagen: Die Ausgaben des Umweltministeriums sind nur eine Teilmenge der Gesamtausgaben für den Umweltschutz. Diese Teilmenge macht nur 25 Prozent aus. Es ist uns doch völlig klar, dass Umweltschutz eine **Querschnittsaufgabe** ist und dass auch andere Ressorts einbezogen sind. Wenn wir alle Ressorts zusammennehmen, kommen wir auf einen Gesamtbetrag von fast 6,5 Milliarden Euro. Das zeigt die große Bedeutung, die Umwelt, Klimaschutz und Nachhaltigkeit für diese Regierung und für diese Koalition haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte Beispiele bringen. Durch das Wirtschaftsministerium wird die Forschung zur sparsamen Energienutzung gefördert, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit stellt fast 1,3 Milliarden Euro für Umweltprojekte zur Verfügung, im Bau- und Verkehrsetat finden sich Ausgaben im Umweltschutzbereich von über 1 Milliarde Euro. Sie kennen die großen Forschungsprojekte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Viele davon betreffen den Umweltbereich. Selbst das Finanzministerium engagiert sich im Rahmen des neuen Energie- und Klimafonds. Das ist etwas Neues, etwas Besonderes und zeigt die Zielrichtung, die wir haben. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Potemkinsches Dorf, das Sie da aufbauen!)

– Ich habe Sie nicht verstanden. Fragen Sie einfach!

(Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Potemkinsches Dorf“ hat er gesagt!)

Ich möchte jetzt zum Haushalt kommen und darlegen, in welchen Bereichen es während der Beratungen Veränderungen gegeben hat. Es gab zwei wesentliche Änderungen in den Haushaltsberatungen. Die erste Veränderung betrifft das **World Conference Center in Bonn**. Dieses Kongresszentrum soll den VN-Campus ergänzen. Ich möchte ganz klar sagen, auch wenn Sie meinen, das bestreiten zu müssen, dass sich Deutschland in der Weltgemeinschaft engagiert. Umgekehrt zeigen auch die Ver-

Bernhard Schulte-Drüggelte

- (A) einten Nationen eine starke Präsenz in Deutschland, in der Bundesstadt Bonn. Bonn hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen VN-Standort neben Wien und Genf entwickelt. Ich möchte das erläutern: Wir haben 25 VN-Büros in Deutschland. Davon sind alleine 18 in Bonn. In diesen Bonner Büros arbeiten mittlerweile rund 800 Mitarbeiter. Vertreten sind so wichtige Organisationen wie das Sekretariat der Klimarahmenkonvention. Das ist wichtig für unser Land.

Der Bund unterstützt die Erweiterung des Kongresszentrums. Ich möchte aber jetzt nicht darauf eingehen, wie es zu der schwierigen Lage in Bonn gekommen ist. Die Haushälter waren eindeutig der Meinung, dass es zügig weitergehen muss; denn es handelt sich nicht um irgendein Bauvorhaben. Das ist auch kein lokalpolitisches Steckenpferd, sondern es geht um die Stärkung des VN-Standortes Bonn. Der Minister hat eindeutig gesagt: Das World Conference Center ist ein nationales Thema. – Deshalb wurden zusätzliche Mittel bereitgestellt, insgesamt 14 Millionen Euro, davon 4 Millionen Euro aus dem Haushalt des Umweltministers. Internationale Umweltpolitik ist in unserem nationalen Interesse. Vielleicht hätte auch die SPD zustimmen können.

(Ulrich Petzold [CDU/CSU]: Der Herr Kelber persönlich!)

Ich hatte bis jetzt immer gedacht, die Dagegen-Partei seien die Grünen. Aber in diesem Punkt hat auch die SPD nicht zugestimmt.

- (B) **Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**
Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kelber?

Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU/CSU):

Ja, selbstverständlich. Ich habe gerade seine Heimat gelobt.

Ulrich Kelber (SPD):

Sie hatten ein nationales Interesse in meiner Heimatstadt gelobt, aber auch ein Lob dieser Stadt wäre gut gewesen. – Ich finde es richtig, dass das Kongresszentrum unterstützt wird. Es wäre aber fair gewesen, wenn Sie, Herr Schulte-Drüggelte – ich kenne Sie als fairen Menschen –, deutlich gemacht hätten, dass die Haushälter nicht den Inhalt kritisiert haben, sondern die Tatsache, dass die Förderung nicht wie vorgesehen aus dem Einzelplan 60 erfolgt, der dafür geschaffen wurde, sondern aus vier Einzelressorts.

(Otto Fricke [FDP]: Das trifft aber nicht die Wahrheit!)

Das hätte zur Fairness gehört.

Bernhard Schulte-Drüggelte (CDU/CSU):

Selbstverständlich ist das ein nationales Ziel, das wir erreichen wollen. Ich habe die Gesamtsumme genannt. Es gibt mehrere Finanzierungsquellen, nämlich das Umweltministerium, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Rückflüsse aus Entwicklungsprojekten. Das ist der Zusammenhang. (C)

Ich wollte nur ein bisschen Zeit haben. Schön, dass Sie gefragt haben! So konnte ich es ein bisschen näher erläutern. Herzlichen Dank, Kollege Kelber.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Da sind wir uns ja einig!)

Ich füge hinzu: Selbstverständlich befindet sich das nicht mehr im Bereich des Umweltministeriums, sondern – wie die anderen Standorte Genf und Wien – im Bereich des Außenministeriums, was auch im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung sehr vernünftig ist.

Die zweite Veränderung, meine liebe Kolleginnen und Kollegen, betrifft das Projekt Gorleben, die **Endlagerung**. Das ist gerade schon angesprochen worden. Der Haushaltsansatz wird von 21 Millionen Euro auf 47 Millionen Euro erhöht. Dafür werden Ausrüstungen beschafft. Die Erkundung wird – ich will es noch einmal sagen – ergebnisoffen durchgeführt. Es wird erforscht und kein Endlager gebaut, um auch das den Grünen noch einmal klar zu sagen. Das sind Forschungsmittel.

(Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit verschleppen Sie die Entscheidung wieder!)

– Warte doch mal ab!

In den Beratungen wurde völlig klar, dass für die Erforschung zusätzliche Stellen nötig sind. Es handelt sich erst einmal um 19 Stellen im Bundesamt für Strahlenschutz. Es war auch richtig, dass wir das so beschlossen haben. Auch die Endlagerung ist eine Querschnittsaufgabe. Beteiligt ist nicht nur das Umweltministerium, sondern auch das Wirtschaftsministerium. Es geht um Grundlagenforschung zur Langzeitsicherheit. (D)

Im Wirtschaftsressort ist die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe angesiedelt. In dem Bereich gibt es, bezogen auf Gorleben, zusätzlich zwölf neue Stellen für die geowissenschaftlichen Erkundungsarbeiten. Auch hierzu möchte ich sagen: Das Stichwort lautet „ergebnisoffen“. Denn neben der Erforschung der Endlagerung in Salzformationen betreibt die Bundesanstalt auch Forschung in anderen Wirtsgesteinen.

(Frank Schwabe [SPD]: Aha!)

– Ja! – Es gibt eine internationale Zusammenarbeit unter anderem mit Frankreich, der Schweiz und Schweden.

(Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was bezahlen Sie dafür? Peanuts!)

Das zeigt aus meiner Sicht doch eindeutig, dass es glaubwürdig ist, dass hier von einer ergebnisoffenen Forschung in Bezug auf die Suche nach einem geeigneten Endlager gesprochen wird. Ich halte das auch für einen richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist nötig, dass ausreichend Personal und eine ausreichende Mittelausstattung vorhanden sind, damit die

Bernhard Schulte-Drüggelte

- (A) Frage der Endlagerung jetzt beantwortet wird. Es wäre unverantwortlich, wenn wir jetzt nicht nach einer Lösung suchen, sondern alles nach hinten schieben würden. Und es wäre verantwortungslos, das auf die nächsten Generationen abschieben zu wollen. Das wäre eine unverantwortliche Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sören Bartol [SPD]: Tausende Tonnen mehr produzieren! – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie doch eine ergebnisoffene Suche! – Weitere Zurufe)

– Kommen wir jetzt mal wieder ein bisschen runter!

Ich möchte am Ende dieser kurzen Rede zum Haushalt sagen, dass wir in den Diskussionen, in den Berichterstattergesprächen doch überwiegend sachlich und auch überwiegend zielorientiert waren. An dieser Stelle möchte ich mich als Hauptberichterstatter ganz herzlich auch bei meinen Mitberichterstatter für die Zusammenarbeit bedanken. Es sind dies, Herr Präsident: Heinz-Peter Hausteil, Sören Bartol, Sven Kindler und Michael Leutert. Ganz besonders möchte ich mich beim Umweltministerium und den Mitarbeitern bedanken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Eva Bulling-Schröter für die Fraktion Die Linke.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nächste Woche beginnt in Cancún die Weltklimakonferenz. Eine Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit der Bundesregierung im **internationalen Klimaschutz** wird sein, inwieweit sich Deutschland an der Finanzierung von Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen im globalen Süden beteiligt. Sie wissen, bis 2020 sollen dafür mindestens 100 Milliarden Dollar von den Industriestaaten in die Entwicklungsländer fließen. 2010 werden nun in diesem Land rund 350 Millionen Euro auf die Kopenhagen-Zusage zum Waldschutz angerechnet. Diese Gelder sind aber bereits auf der Biodiversitätskonferenz in Bonn 2008 für den Schutz der biologischen Vielfalt versprochen worden. Es wird also doppelt angerechnet. Insgesamt gab es in diesem Jahr nur 70 Millionen Euro – ich sage es jetzt einmal so – frisches Geld; und für 2011 und 2012 sollen diese mageren 70 Millionen Euro sogar ganz gestrichen werden.

Dann zu Herrn Niebel:

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Was habt ihr denn gegen Herrn Niebel?)

Es ist schlimm, dass der Entwicklungshilfeminister Niebel die Zusage für die Unterstützung des **ITT-Projektes** in Ecuador zurückgezogen hat.

(Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: So ein Quatsch!)

- (C) Die Regierung hat dort im August dieses Jahres einen Fonds für den Yasuni-Nationalpark eingerichtet. Er hat zum Ziel, die Regenwälder zu erhalten und das Öl im Boden zu lassen. Alle Bundestagsfraktionen hier in diesem Hause hatten dieses Projekt bislang unterstützt. Und jetzt? Herr Niebel gibt ihm den Dolchstoß.

Dann kommen wir zur **Klima-Kompensation der Dienstreisen der Abgeordneten**. Wir haben im Umwelt- und auch im Verkehrsausschuss lange dafür gekämpft, dass die Klimaschäden, die dadurch entstehen, dass Abgeordnete irgendwohin fliegen, durch Klimaschutzprojekte im globalen Süden kompensiert werden. Jetzt steht das ganze Vorhaben schon wieder vor dem Aus. Wir haben lange dafür gebraucht, dass diese Kompensation stattfindet. Schade, wirklich schade!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Auf der einen Seite will die Koalition am liebsten jeglichen Klimaschutz in den Emissionshandel pressen, oft in Systeme mit höchst zweifelhaftem Nutzen für den Klimaschutz. Auf der anderen Seite aber kappen Sie im Zusammenhang mit dem Emissionshandel genau an den Projekten mit der höchsten ökologischen und sozialen Glaubwürdigkeit, nämlich bei Projekten mit dem „Gold Standard“, den zum Beispiel auch die Projekte von Atmosphären erhalten haben. Durch die Kompensation des jährlichen Treibhausgasausstoßes von rund 166 000 Tonnen der von diesem Haus durchgeführten Flüge werden im Moment zwei sehr sinnvolle Projekte in Indien finanziert. Das eine hat zum Ziel, zusätzliche Solarlampen im ländlichen Raum zu verteilen. Das spart Lampenöl und CO₂. In dem anderen wurde dank der deutschen Gelder die Möglichkeit geschaffen, Senfertereste zu verwerten, was ebenfalls den CO₂-Ausstoß mindert. Aber damit soll jetzt Schluss sein. Der Bundestag, der Milliarden für Rüstung und Straßenbau verpulvert – da gibt es ja noch einiges mehr –, kann nicht einmal 4 Millionen Euro zusammenkratzen, um seine eigenen Dienstreisen klimaneutral zu stellen. Ich halte das wirklich für peinlich.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig verzichten Sie auf Einnahmen in Milliardenhöhe – das sollten Sie sich anhören! –, und zwar in einem Bereich, in dem es die großen Stromkonzerne treffen würde. Das kann man den Leuten, die diese Debatte jetzt gerade vor dem Fernseher verfolgen, nicht oft genug sagen. So ist die gerade beschlossene **Abschöpfung von Sondergewinnen aus der AKW-Laufzeitverlängerung** einfach ein Witz. Die Atomkonzerne kassieren dank der Laufzeitverlängerung über die Jahre zusätzlich zwischen 78 Milliarden Euro und 114 Milliarden Euro. Nach den Plänen der Bundesregierung soll weniger als die Hälfte davon abgeschöpft werden,

(Horst Meierhofer [FDP]: Mehr als die Hälfte!)

Eva Bulling-Schröter

- (A) vielleicht auch nur ein Drittel. Mal schauen, wie die noch tricksen!

Die Atomkonzerne – das wissen wir alle; das ist bekannt in diesem Lande – sind ja findig. RWE will noch in diesem Jahr die Hälfte der 193 Brennelemente von Biblis B austauschen. Der Konzern will damit schlicht die Brennelementesteuer umgehen, die zum 1. Januar 2011, also im nächsten Jahr, in Kraft tritt. RWE spart dadurch 280 Millionen Euro. Kein Wunder, dass andere Atomkonzerne nun Ähnliches vorhaben! Vielleicht ist das aber die „Unterstützung des Mittelstandes“, wie die CDU/CSU das immer nennt.

280 Millionen Euro durch einen Steuertrick, von dem die Bundesregierung vorher gewusst haben muss – ihr habt es gewusst! –,

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Sonst sagen Sie immer: Die Regierung weiß nichts! Und jetzt wird das unterstellt! Das kann doch gar nicht richtig sein!)

das ist ungefähr so viel, wie Deutschland 2011 den Entwicklungsländern für Klimaschutz und Anpassung zur Verfügung stellen will. Hätten Sie die AKW-Milliarden dafür verwenden können, dann hätte es tatsächlich frisches Geld gegeben statt nur recycelter Zusagen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Das Trauerspiel um die Besteuerung der Kraftwerksbetreiber muss jetzt endlich ein Ende haben. Deshalb fordert die Linke, endlich jene Extraprofite abzuschöpfen, die die Konzerne aus den **Preiseffekten des Emissionshandels** ziehen. Dabei geht es nicht nur um die AKW-Betreiber, sondern auch um die Kohlekraftwerksbetreiber. Es geht da nicht um Peanuts. Alle zusammen kassieren durch die kostenlose Vergabe von Emissionsrechten zig Milliarden Euro, und zwar leistungs- und risikolos. In der zweiten Handelsperiode 2008 bis 2012 sollen es rund 35,5 Milliarden Euro, also rund 7 Milliarden Euro pro Jahr, sein. Dieses Geld könnte man sehr sinnvoll für soziale und ökologische Projekte einsetzen. Auch auf dem Gebiet der Bekämpfung des Klimawandels – Stichwort „Kompensation“ – wäre vieles möglich. Aber Sie machen den Konzernen Geschenke. Das ist Ihre Strategie, und die verfolgen Sie weiter.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Das musste auch gesagt werden! Das ist heute noch gar nicht gesagt worden!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Heinz-Peter Hausteин für die FDP-Fraktion.

(Ulrich Kelber [SPD]: Vorab ein Gruß aus dem Erzgebirge!)

Heinz-Peter Hausteин (FDP):

(C)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste auf den Tribünen! Zuerst ein herzliches Dankeschön an das Ministerium von Umweltminister Röttgen! Er führt es sehr kompetent und sorgt dafür, dass es vorwärts geht in diesem Lande.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Der Haushalt 2011 umfasst nur 1,635 Milliarden Euro. Das sind 45 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr – und das trotz der Schuldenbremse. Das heißt, wir bekennen uns zum Sparen. Aber dort, wo es notwendig und dringend ist, machen wir mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Wer aber denkt, diese 1,635 Milliarden Euro seien alles, der irrt. Es ist ein **Querschnittshaushalt**: In weiteren fünf Ministerien wird die Summe von rund 5 Milliarden Euro für den Umweltschutz bereitgestellt. Dazu kommen Kredite der KfW und ERP-Mittel von 2,5 Milliarden Euro. Alles in allem werden für diesen Bereich in unserem Haushalt also 9 Milliarden Euro bereitgestellt. Ich meine, das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Haushalt des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gliedert sich in einen Stammhaushalt mit Mitteln in Höhe von 1,142 Milliarden Euro und in einen weiteren Haushalt mit Mitteln für den **Endlagerbereich** in Höhe von 497 Millionen Euro. Hier hat es einen Aufwuchs von 129,7 Millionen Euro gegeben. Hierfür werden also 35,5 Prozent mehr zur Verfügung gestellt; denn es ist wichtig, sich der Endlagerproblematik zu widmen.

(D)

Gerade auf diesem Gebiet herrschte zehn Jahre lang Stillstand.

(Ulrich Kelber [SPD]: Quatsch!)

Rot-Grün hat sich hinter einem Moratorium versteckt und unverantwortlicherweise nichts getan.

(Sören Bartol [SPD]: Noch einmal Quatsch!)

Jetzt gibt es endlich einen Minister, der sagt: Es geht los.

(Sören Bartol [SPD]: Was geht denn los?)

Wir machen etwas und suchen ein Endlager; denn das ist wichtig. Wir stellen dafür 129 Millionen Euro mehr zur Verfügung und versuchen, ergebnisoffen vorzugehen und ein Endlager in Gorleben oder woanders zu finden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Sören Bartol [SPD]: Ergebnisoffen an einer Stelle! – Frank Schwabe [SPD]: Das glaubt Ihnen doch kein Mensch!)

Ich persönlich meine, wir sollten einmal darüber nachdenken, ob es sinnvoll ist, ein europäisches Endlager zu finden und zu betreiben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heinz-Peter Hausteин

- (A) – Das ist ein Gedankenanstoß. Ein europäisches Endlager unter Einbeziehung von Russland! Gut zuhören, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollege Hausteин, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Vogt von der SPD-Fraktion?

Heinz-Peter Hausteин (FDP):

Bitte schön.

Ute Vogt (SPD):

Herr Kollege, ich möchte von Ihnen wissen, ob Ihnen bekannt ist, wer im Jahr 2006 verhindert hat, dass der Vorschlag von Bundesumweltminister Gabriel in der Großen Koalition, die Suche nach alternativen Endlagern fortzusetzen, umgesetzt wurde. Ist Ihnen bekannt, dass insbesondere die damaligen Ministerpräsidenten Oettinger und Stoiber dagegen Sturm gelaufen sind?

(Ulrich Kelber [SPD]: Und der damalige Erste Parlamentarische Geschäftsführer Röttgen auch!)

Heinz-Peter Hausteин (FDP):

Das ist mir bekannt. Doch es war richtig, festzustellen, dass man ein Gesamtkonzept braucht. Seitens der Länder sollte man sich nicht auf die Bundesregierung, die Bundesminister einschließen. Was Sie hier vorbringen, ist kein Argument.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen es nicht! – Abg. Frank Schwabe [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Ich möchte mit meiner Rede fortfahren.

Wir sind gerade bei den **Kernkraftwerken**. Hier wurde gesagt, es sei unverantwortlich, dass wir sichere, gute Kernkraftwerke weiter betreiben. Ich nenne Ihnen reine Zahlen: Es gibt weltweit 436 Kernkraftwerke; 29 sind im Bau, 120 in Planung.

(Ulrich Kelber [SPD]: Eines ist schon seit 40 Jahren im Bau!)

Sie wollen die zwölf sichersten Kernkraftwerke der Welt abschalten und das Volksvermögen zum Fenster hinaus-schmeißen. Das machen wir nicht mit!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Atomkraft ist auf einem absteigenden Ast!)

Ich möchte kurz auf das **Marktanreizprogramm** eingehen; Sören Bartol hat es angesprochen. Das Marktanreizprogramm wurde von Herrn Gabriel installiert. Es war so aufgebaut: Die Erlöse aus dem Verkauf von CO₂-Emissionszertifikaten wurden genommen, um das Marktanreizprogramm zu speisen, über das sinnvolle Projekte finanziert werden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das wäre haushaltsrechtlich unzulässig!)

So war es bis jetzt. Wir haben im letzten Jahr diese unsägliche, sehr variable, unzuverlässige Speisung aufgegeben. Wir haben gesagt: Das Marktanreizprogramm wird direkt aus den allgemeinen Steuereinnahmen finanziert. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Wurde es bis dahin auch!)

Es ist nämlich besser, ein Marktanreizprogramm auf Granitfüße zu stellen als auf tönernen Füße wie vorher bei Rot-Grün.

(Zuruf von der SPD: Ihr von der FDP wolltet es doch auch!)

Liebe Freunde, ich komme zum Thema **Naturschutz**. Für uns ist Naturschutz sowieso Herzenssache.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben einen Titel „Artenvielfalt“ geschaffen: 15 Millionen Euro für den Erhalt der Artenvielfalt. Auch das gehört dazu.

Sie sehen also: Alles in allem betreiben wir mit Vernunft und Weitblick eine gute Politik, auch im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes. Wir tun alles, damit unsere Kernkraftwerke noch sicherer werden.

(Zuruf von der SPD: Noch?)

In diesem Sinne ein herzliches Glückauf aus dem Erzgebirge. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Dorothea Steiner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Post vom Deutschen Atomforum gekriegt: „Über 17 Brücken musst du gehen.“ Im Text heißt es:

Gut, dass wir in Deutschland 17 verlässliche und belastbare Kernkraftwerke haben, die eine sichere Brücke in die Energiezukunft bilden!

Ein Satz, drei Lügen. Zudem missbraucht diese Karte aus der Fälscherwerkstatt der **Atomindustrie**

(Otto Fricke [FDP]: Geht es noch ein bisschen heftiger?)

schamlos das Copyright von Peter Maffay.

(Zurufe von der CDU/CSU: Karat! – Otto Fricke [FDP]: Typisch Wessi!)

Ich will Ihnen einmal sagen, was die Lügen sind:

Erstens: „17 verlässliche ... Kernkraftwerke“. Krümmel usw. verlässlich?

Zweitens: „sichere Brücke in die Energiezukunft“. Sicher? Voll gelogen.

Dorothea Steiner

- (A) Drittens: „Gut, dass wir ... Kernkraftwerke haben“. Voll gelogen! 70 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass man die Atomkraftwerke abschalten und ohne Atomkraft auskommen sollte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

All das ist Täuschung, genau wie die Ankündigung von Angela Merkel und ihrem Knappen, dem Atomminister Röttgen, mit ihrem Energiekonzept und ihren Atomgesetzen eine Energierevolution einzuleiten. Herr Röttgen, das Gegenteil ist der Fall. Wir brauchen uns nur Ihren Umwelthaushalt anzusehen: Es ist kein Haushalt, der die erneuerbaren Energien nach vorne bringt, sondern ein Atomhaushalt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Programmhaushalt des BMU wird massiv gekürzt. Der **Atom- und Endlagerbereich** wird auf fast ein Drittel des Gesamtetats gesteigert.

Man muss Ihre Zahlen auseinandernehmen. Während die Ausgaben für den Betrieb des Standorts Gorleben mit 21 Millionen Euro auf bisheriger Höhe bleiben, sind 26 Millionen Euro allein für die Erkundung vorgesehen. Es ist völlig überzogen, so viel Geld vorzusehen, um eine Strecke aufzufahren. Es ist Beleg dafür, dass hier nicht mehr erkundet, sondern gebaut wird. Was soll ich dazu anderes sagen als „Schwarzbau“, Herr Röttgen?

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich wird die GRS, die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, in Millionenhöhe subventioniert. Ihr wird die Sicherheitsanalyse für Gorleben zugeschoben, damit unter Leitung des Atommanagers Thomauske das gewünschte standortspezifische Ergebnis herauskommt.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Flachsbarth?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte noch einen Satz sagen, danach gerne. – Herr Röttgen, vom Bundesamt für Strahlenschutz hätten Sie es preiswerter und vor allem wissenschaftlich objektiver bekommen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Bitte schön, Kollegin Flachsbarth.

Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU):

Frau Kollegin Steiner, das Argument des Schwarzbaus ist ja ein wunderschönes, durch vielfache Wiederholung wird es aber nicht wirklich besser. Ist Ihnen bekannt, dass der Bundesgerichtshof in den Jahren 1990 und 1995 höchstrichterlich festgestellt hat, dass die Erkundung des Salzstocks Gorleben erstens nach Bergrecht so höchstrichterlich sanktioniert wird und zweitens auch die Dimensionierung der Schächte und der Stre-

- cken aus bergbautechnischen Gründen so rechtlich angemessen und völlig in Ordnung ist? (C)

Sollte Ihnen das bekannt sein, schließe ich die Frage an: Wie sieht das Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsverständnis der Grünen aus, wenn sie diese Gerichtsurteile ignorieren?

Sollte auch das an Ihnen vorbeigehen, lautet meine Frage: Warum hat Herr Bundesumweltminister Trittin zu der Zeit, zu der er Minister war und die Möglichkeit hatte, dieses Erkundungsbergwerk endgültig stillzulegen, aufgrund seiner Rechtsauffassung nicht ebendieses getan?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin Flachsbarth, selbstverständlich ist mir diese Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bekannt. Sie haben die Daten genannt. Letztes Datum: 1995. Ich habe von den jetzigen Erkundungen gesprochen und gesagt, dass diese Art von Erkundung mit dieser immensen Summe nur bedeuten kann, dass das ein Ausbau ist.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sie liegen schon wieder falsch! – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Das ist Ihre Interpretation!)

- Lassen Sie mich doch einmal antworten! – Wenn ich zu diesem Vorhaben „Schwarzbau“ sage, dann möchte ich Sie auch daran erinnern, dass dieses Unternehmen nach Ururaltbergrecht statt nach Atomrecht stattfindet. Wenn wir uns darüber streiten, ob das Erkundung oder Bau ist, darf ich diese Frage wohl aufwerfen. Ganz abgesehen davon ist es eine Täuschung, wenn man nach dem Bergrecht von 1983 vorgeht, weil das Bundesumweltministerium danach so behandelt wird, als würde es als Unternehmer Salz abbauen und nicht ein atomares Endlager erkunden und bauen wollen. (D)

Von daher ist das sicherlich keine Missachtung des Bundesgerichtshofs und demokratischer Prinzipien, sondern ich konstatiere eher, was sich vor unserer Nase bzw. unter unseren Füßen in Gorleben gerade abspielt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen halte ich den Begriff „Schwarzbau“ aufrecht.

Ich kann leider nicht nur auf Gorleben eingehen; denn ich muss – das ist das Problem – auch noch etwas zum Rest des Haushalts sagen. Eines muss ich aber noch aufgreifen: Angesichts dieser Fakten und Zahlen betonen Sie hier die angebliche Ergebnisoffenheit. Ich sage: Für mich lässt sich aus den Zahlen ableiten, dass das überhaupt nicht ergebnisoffen ist. Das ist die vorzeitige Schaffung von Fakten. Deswegen wollen wir diese 31 Millionen Euro voll aus dem Haushalt herausstreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ihr nächster Streich im Zusammenhang mit Atomkraft und Energie: Das **Sondervermögen Energie- und**

Dorothea Steiner

- (A) **Klimafonds**, das Sie hier als innovativ preisen, ist nichts anderes als ein PR-Gag, um die Milliardenprofite der Atomkonzerne zu legitimieren. Das hat auch noch den schönen Nebeneffekt, dass sonstige, normale Ausgaben aus dem Programmhaushalt des Umweltministeriums elegant verschoben werden können.

(Michael Kauch [FDP]: Lächerlich!)

Die Beteiligung der Atomkonzerne an diesem Fonds ist lächerlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Michael Kauch [FDP]: Sie sind lächerlich!)

– Danke. Streiten wir uns darüber, wer hier lächerlich ist. Ich würde sagen: Argumentieren wir lieber!

Auch an anderen Punkten, zum Beispiel bei der Energiesteuer, haben sich der Umwelt- und der Finanzminister Ausnahmen und Zugeständnisse abverhandeln lassen. Sie verzichten auf die ökologische Lenkungswirkung. Die brauchen sie nicht. Die wollen sie nicht.

Noch eine kleine Bemerkung zur **Brennelementesteuer**, auch wenn das nicht den Einzelplan 16, sondern den Einzelplan 12 betrifft; aber das gehört ja zum Bereich des Umweltministeriums. Daran können Sie genau sehen, wie das funktioniert hat: Erst 3,1 Milliarden Euro, dann 2,3 Milliarden Euro, und jetzt ist man bei 1,5 Milliarden Euro angekommen. Davon sind noch mindestens 300 Millionen, vielleicht auch 400 Millionen Euro abzuziehen, weil die Kommunen die ausfallende Gewerbe- und Körperschaftsteuer vom Bund zurückerstattet haben wollen. Lächerlich! Wie ein Bettvorleger! Wie ein zahnlöser Tiger! 1 Milliarde bei 70 Milliarden Euro Nettogewinn der Atomwirtschaft!

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Noch eine kurze Bemerkung: Wenn es nicht um die Großen, sondern um die Kleinen geht, zum Beispiel bei der **Fernwärme**, kürzen Sie ohne Vorwarnung. Damit verursachen Sie eine massive finanzielle Belastung bei den Millionen kleiner Privathaushalte, die Fernwärme beziehen. Genauso verzichten Sie auf eine Aufstockung des **Marktanreizprogramms**. Wir wollen 160 Millionen Euro. Das wäre eine echte Mittelstandsförderung und keine Förderung der Großen. Aber auch das wollen Sie nicht. Die Großindustrie steht Ihnen näher und liegt Ihnen mehr am Herzen.

Deswegen kann ich nur sagen: Wir können nicht anders, als diesen Haushalt abzulehnen. Wir haben einen ökologischen und modernen Gegenentwurf vorgelegt. Er ist nicht nur solide gegenfinanziert, sondern er zeigt auch, wie wir ohne die teuren und wackligen Atombrücken einer zukünftigen Versorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien näher kommen; denn dahin wollen wir.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: (C)

Jetzt folgt eine Kurzintervention der Kollegin Enkelmann.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Frau Kollegin Steiner, ich gebe gerne zu, auch wir DDR-Bürger haben uns damals gefreut, als Peter Maffay das Lied „Über sieben Brücken“ gesungen hat. Er hat dies allerdings, ein Jahr nachdem die DDR-Band Karat diesen Titel herausgebracht hat – der Text ist von Helmut Richter –, getan.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Im Übrigen hat Karat 1984 für diesen Titel in der Bundesrepublik die Goldene Schallplatte bekommen. Daher sollten wir darauf hinweisen: Das Copyright liegt bei der Band Karat, die heute noch erfolgreich ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nun Frau Kollegin Steiner zur Erwiderung.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie haben natürlich recht. Wir wollen das Licht der Band Karat sozusagen nicht unter den Scheffel stellen. Angesichts der recht perfiden Anspielung des Atomforums ist es mir besonders wichtig, festzustellen, dass es im Lied heißt:

Über sieben Brücken musst du gehen, sieben dunkle Jahre überstehen ... (D)

(Otto Fricke [FDP]: Das waren sieben Jahre Rot-Grün!)

Und dann:

Aber einmal auch der helle Schein ...

Jetzt kommt uns die Atomindustrie mit 17 Brücken in ihre atomare Zukunft. Das finde ich einfach perfide.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nun hat Bundesminister Röttgen das Wort. – Bitte schön.

Dr. Norbert Röttgen, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Enkelmann, ich muss gestehen, Sie haben den Anfang meiner Rede vorweggenommen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Oh, das tut mir aber leid, Herr Kollege!)

Aber das ist eine Kooperation, die ich durchaus akzeptiere.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Bundesminister Dr. Norbert Röttgen

(A) Frau Kollegin Steiner, Sie haben sich nicht nur bei dem Lied ein bisschen geirrt, sondern bei Ihnen sind auch Entscheidungen des BGH und des Bundesverfassungsgerichts ein wenig durcheinandergelassen. Das übersehe ich mit einer gewissen Großzügigkeit. Ich hoffe aber, dass Ihr Beitrag nicht repräsentativ für den umweltpolitischen Anspruch Ihrer Fraktion ist. Das war nämlich inhaltlich nichts; Ihre Argumente waren nicht stichhaltig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf nichts kann man auch nichts setzen!)

Das war eine alte Schallplatte mit vielen falschen Argumenten.

(Horst Meierhofer [FDP]: Es war keine Goldene Schallplatte!)

Ich will versuchen, zu einer Versachlichung der umweltpolitischen Debatte zurückzukommen.

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Ich glaube, wer Ihrer Rede genau zugehört hat, der weiß, dass Sie das eine oder andere Argument gut gebrauchen können.

Ich möchte einmal der Frage nachgehen – das ist durchaus ein roter Faden in unserer haushaltspolitischen Debatte –, was der Beitrag der Umwelt- und Klimapolitik und der erneuerbaren Energien zu Wachstum und wirtschaftlicher Entwicklung in unserem Land ist. Die Frage, was Klima- und Umweltschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz schon heute zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Wertschöpfung und zur technologischen Entwicklung in unserem Land beitragen, ist eine der wichtigen Fragen, deren Beantwortung auch für unser wirtschaftspolitisches Grundverständnis hinsichtlich der Entwicklung in den nächsten Jahren absolut entscheidend sein wird.

Zunächst möchte ich ein paar Zahlen präsentieren. Diese Zahlen sprechen fern jeder politischen Wertung einfach für sich.

Das Weltmarktvolumen der **Umwelttechnologien** beträgt in diesem Jahr rund 1,5 Billionen Euro. Es wird sich in den nächsten zehn Jahren sicher auf über 3 Billionen Euro verdoppeln. Unser Land mit seinen Ingenieuren hat den relativ größten Weltmarktanteil mit 16 Prozent.

(Sören Bartol [SPD]: Trotz Ihrer Regierung!)

Das ist ein Volumen von umgerechnet 224 Milliarden Euro. Der Erfolg drückt sich inzwischen auch in der Zahl der Arbeitsplätze aus.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wer hat's erfunden? Wer war dagegen damals? – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die rot-grüne Bilanz!)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie sich darüber aufregen. Man kann sich doch auch einmal darüber freuen, wenn

unser Land erfolgreich ist. Warum müssen Sie sich immer darüber empören? (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Wir regen uns auf, weil Sie damals dagegen gestimmt haben! – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie machen es gerade kaputt! – Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man soll sich nicht mit fremden Federn schmücken!)

Es macht Sie nicht sympathischer und Ihre Position nicht überzeugender, wenn Sie missgünstig die Fakten ignorieren, die den Erfolg unseres Landes zeigen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie handeln anders, als Sie reden! Das ist das Problem!)

Inzwischen sind 1,8 Millionen Arbeitsplätze in dieser Branche entstanden, darunter 340 000 Arbeitsplätze allein im Bereich der erneuerbaren Energien. Das zeigt das dynamische Wachstum der Arbeitsplätze in diesen Bereichen.

(Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dank Rot-Grün!)

Alle Untersuchungen gehen davon aus, dass sich in den nächsten Jahren dieses Wachstum bei den Arbeitsplätzen, gerade was die grünen Dienstleistungen betrifft, mit der Schaffung von mehreren 100 000 Arbeitsplätzen weiter dynamisch gestalten wird.

Es sind enorme internationale Weltmarktanteile, die wir auch im Export von Umweltschutzgütern halten. Hier betragen die Anteile zwischen 5 und 30 Prozent. Insbesondere umweltfreundliche Energieerzeugung, Trennung und Verwertung von Abfall sind unsere Kernkompetenzen. (D)

Trotz Wirtschaftskrise sind in der Branche der erneuerbaren Energien im letzten Jahr über 20 Milliarden Euro in die Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien investiert worden. Das heißt, selbst in Krisenzeiten, in wirtschaftlichen Rezessionszeiten sind die Investitionen in die Branche der erneuerbaren Energien ein Wachstumstreiber gewesen. Das ist etwas, was wir hervorheben sollten.

Ich komme zum Thema **Materialeffizienz**. Die Deutsche Materialeffizienzagentur schätzt, dass die Materialkosten der deutschen Wirtschaft um rund 100 Milliarden Euro – das sind 20 Prozent – sinken könnten. Hier liegt also ein großes Potenzial der Kostensenkung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fell?

Dr. Norbert Röttgen, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Nein, im Moment nicht.

Bundesminister Dr. Norbert Röttgen

- (A) Die Materialkostenanteile im produzierenden Gewerbe belaufen sich auf rund 46 Prozent; die Lohnanteile liegen bei unter 20 Prozent. Das heißt, hier Effizienzpotenziale zu heben, bedeutet eine Kostensenkung für die Wirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Frank Schwabe [SPD]: Was hat das mit Ihrem Haushalt zu tun?)

Genauso zeigt sich das bei den Patentanmeldungen, die ja Ausdruck der technologischen Leistungsfähigkeit sind. 23 Prozent aller vom Europäischen Patentamt jährlich erteilten Patente im Umwelt- und Energiesektor entfallen auf deutsche Unternehmen. Man könnte die Liste mit Biogasanlagenherstellern, Umwelttechnik und anderen Elementen fortsetzen.

Meine Damen und Herren, ich trage das deshalb vor, um mich einer Frage zu nähern, nämlich: Wie viel Umweltpolitik können wir uns wirtschaftlich leisten? Ich finde, dass die genannten Zahlen belegen, dass diese Frage schon im Ansatz falsch gestellt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Da klatschen aber genau die Falschen!)

Die Antwort und These lautet: Wir können es uns wirtschaftlich nicht leisten, auf Umweltpolitik zu verzichten.

(Sören Bartol [SPD]: Das müssen Sie in der Fraktionssitzung sagen!)

- (B) Das ist die Linie unserer integrierten Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Das ist eben der Unterschied: Während Sie offensichtlich geistig immer noch in irgendwelchen Schützengräben sind, hat diese Koalition den Widerspruch und Antagonismus hinsichtlich Ökonomie und Ökologie endgültig hinter sich gelassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben Ökologie hinter sich gelassen, genau!)

Ökonomie kann nur erfolgreich sein, wenn wir ökologisch verantwortlich handeln. Das ist der Punkt.

Die richtige Frage muss lauten: Wie müssen wir Umweltpolitik gestalten, damit wir auch in Zukunft wirtschaftlich an der Spitze bleiben? Ich glaube übrigens, das ist eine wesentliche politische Wettbewerbsfrage. Auch an dieser Stelle sage ich: Es wird nicht mehr lange dauern, bis sich die Bürgerinnen und Bürger die Parteitagbeschlüsse durchlesen werden, die Sie auf Ihrem Grünen-Parteitag gefasst haben. Da gibt es ja nicht nur die Peinlichkeit des Olympia-Beschlusses, den Sie gefasst haben; vielmehr zieht sich das geistige Niveau des Olympia-Beschlusses durch Ihr ganzes energiepolitisches Programm.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist nicht finanzierbar. Das ist kein Wachstumstreiber. Sie schaffen es eben nicht, Ihren – von mir aus – umweltpolitisch guten Willen mit wirtschaftlicher Vernunft zu verknüpfen.

- (Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen es ja wissen! Ich glaube, Sie kennen den Begriff gar nicht!) (C)

Sie haben gerade wieder in Ihren Beschlüssen bewiesen, dass Sie beides noch nicht zusammengebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die schneefreie Winterolympiade!)

Wir hingegen machen das konsequent; denn das ist das Markenzeichen dieser Koalition. Wir haben ein **Energiekonzept** mit einer klaren Orientierung verabschiedet. Überhaupt muss es ein Energiekonzept geben; denn man kann keine Energiepolitik machen, wenn sie nicht langfristig gedacht ist.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Glauben Sie selbst, was Sie sagen?)

Wir haben klare Ziele, und die Ziele, die wir uns in diesem Energiekonzept gesetzt haben – deshalb habe ich die Zahlen vorgetragen –, sind an den Wachstumsmöglichkeiten und Potenzialen orientiert, die in Effizienz und in erneuerbaren Energien liegen.

Darum sagen wir: 80 Prozent erneuerbare Energien. Darum sagen wir: mindestens 80 Prozent CO₂-Reduzierung. Darum sagen wir: 50 Prozent Energieverbrauchsreduzierung durch Effizienzpotenziale.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sagen, sagen, sagen!)

- Die Fortsetzung dieses wirtschaftlich erfolgreichen Kurses durch Umwelt- und Klimapolitik ist Ausdruck und Inhalt unseres Energiekonzepts. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie mal was zur Kraft-Wärme-Kopplung!)

Wir setzen das aber nicht nur in der Energiepolitik durch, sondern wir machen es auch auf anderen Gebieten. Ich nenne die **biologische Vielfalt**. Ich glaube, Kollege Hausteiner ist darauf schon eingegangen. Von biologischer Vielfalt haben Sie auch immer viel geredet,

(Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kommt noch! Warten Sie doch mal ab!)

Sie hatten ja grüne und sozialdemokratische Bundesminister. Aber diese Koalition war die erste, die ein Bundesprogramm Biologische Vielfalt etabliert und mit 15 Millionen Euro ausgestattet hat.

(Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Drei Jahre zu spät!)

Das ist jetzt zum ersten Mal geschehen; Sie haben es nicht gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben gemeinsam die Konferenz zur biologischen Vielfalt in Nagoya zu einem Erfolg gebracht. Das heißt, nationale und internationale Politik gehen Hand in

Bundesminister Dr. Norbert Röttgen

- (A) Hand. Wir sind auch deshalb international erfolgreich, weil wir national glaubwürdig handeln.

(Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihnen glaubt keiner mehr!)

Das ist übrigens eine Gemeinsamkeit, die sich über Jahre entwickelt hat; ganz viele Umweltminister haben daran mitgewirkt.

Genauso wird es bei der Klimakonferenz sein, zu der wir Anfang Dezember aufbrechen werden. Auch im Bereich Klimaschutz setzen wir diese Politik fort; denn auch hier geht es um die Endlichkeit von Ressourcen. Man kann es sich wie folgt vorstellen: Jedes Land, insbesondere die Industrieländer, haben ein begrenztes Budget an CO₂-Emissionen zur Verfügung. Wenn wir dieses Budget überschreiten – es macht ungefähr 10 bis 15 Prozent unserer heutigen CO₂-Emissionen aus –, werden wir die Erderwärmung nicht unter Kontrolle halten. Das ist unsere nationale Politik; diese müssen wir international flankieren. Dem gilt unser voller Einsatz als deutsche Bundesregierung und als Koalition.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Immer diese Werbereden an die eigenen Leute hier! Wir sind in der Haushaltsdebatte!)

Es geht nicht nur um irgendwelche Zahlen, irgendwelche Technologien, sondern um den grundlegenden Transformationsprozess von der ressourcenverbrauchenden, energieverbrauchenden, CO₂-emittierenden Wirtschafts- und Lebensweise zu einer ressourceneffizienten, energieeffizienten, CO₂-sparsamen Wirtschafts- und Lebensweise. Diesen Prozess gestalten wir für unser Land.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wollen und werden dies – diesen Gedanken möchte ich noch anfügen – weiter in das Konzept sozialer Marktwirtschaft einbinden. Darum war es richtig, die Photovoltaikförderung, die staatliche Vergütung zu senken. Denn die Branche ist erfolgreich, und die Preise sind gefallen. Diese Senkung ist Teil der Einbindung in soziale Marktwirtschaft.

Ich sage all denen, die jetzt Strompreiserhöhungen mit den Kosten durch erneuerbare Energien begründen: Lesen Sie sich die Anmerkungen des Präsidenten der Bundesnetzagentur durch. Erneuerbare Energien und deren Einspeisevorrang sorgen dafür, dass die Großhandelspreise sinken. Darum sind die erneuerbaren Energien und ihre Förderung keine angemessene Begründung für Strompreiserhöhungen. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Sören Bartol [SPD]: Der erste gute Punkt!)

Gerade durch die erneuerbaren Energien entstehen Gewinnmargen.

Abschließend möchte ich sagen: Neben der Einbettung in soziale Marktwirtschaft müssen wir selbstverständlich für die demokratische Akzeptanz sorgen. Hier

denke ich an den **Leitungsausbau**. Ich glaube, dass Akzeptanz entscheidend mit der Bereitschaft zum Dialog und mit der Erfüllung einer Begründungspflicht der Politik zusammenhängt. Wir stehen in der Pflicht, Infrastrukturprojekte zu begründen. Leitungsausbau ist mit erneuerbaren Energien verknüpft; das müssen wir den Leuten sagen. Wer auf erneuerbare Energien umsteigen will, wer CO₂-Einsparungen erreichen will, muss den Leitungsausbau akzeptieren. Beides gehört zusammen; man kann es nicht voneinander trennen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dazu gehört auch, die Folgen der Energienutzung der Vergangenheit und der Brückentechnologie zu begründen und die Verantwortung dafür zu übernehmen. Ich nenne das Stichwort Gorleben. Herr Trittin hatte recht, als er gesagt hat: Es gibt keinen vernünftigen Grund, gegen das Zwischenlager Gorleben zu demonstrieren; denn es ist die Aufnahmestelle für genutzte Brennelemente, deren Nutzung politischem Willen entsprochen hat.

(Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Bei geltendem Atomkompromiss hat er das gesagt! Heute ist es anders!)

Mit dieser These hatte er völlig recht. Jetzt soll er auch dazu stehen.

Genauso stehen wir in der Verantwortung – das sagen auch Sie –, eine sichere Endlagerstätte zu finden. Es muss ermittelt werden, ob Gorleben geeignet ist oder nicht. Das muss im Dialog und transparent geschehen. Das muss und wird rechtsstaatlich geschehen. Ich bin selbstverständlich zu diesem Dialog bereit.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann fahren Sie da einmal hin!)

Ich sehe mich in der Pflicht, diesen Dialog zu führen, und ich möchte diesen Dialog führen. Darum werde ich heute in einer Woche nach Gorleben reisen, den Dialog vor Ort führen, die Kritik entgegennehmen und mir die differenzierten Argumente anhören. Dieser Dialog findet nicht nur an einem Tag statt, sondern es wird der Beginn eines Dialogprozesses sein, den Sie schon lange hätten einleiten können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann sagen Sie doch mal, warum Sie kein Verfahren mit Bürgerbeteiligung wollen!)

Fordern Sie nicht von uns, was Sie selber nicht erbracht haben. Dialog ist ein Instrument demokratischer Willensbildung. Wir haben eine Bringschuld. Im Stil und in der Sache müssen wir diese zukunftsweisende Politik begründen. Der Punkt ist: Wir können es begründen. Denn wir machen keine ideologisch motivierte Energiepolitik,

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, natürlich!)

sondern eine Energie-, Klima- und Umweltpolitik, die die Natur schont und daraus ein wirtschaftliches Wachs-

(C)

(D)

Bundesminister Dr. Norbert Röttgen

- (A) tumsprogramm entwickelt. Das sind unser Anspruch und Ansatz in der Umwelt- und Klimapolitik.

Danke sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegen Hans-Josef Fell das Wort.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister Röttgen, Ihre wunderbaren Reden zu erneuerbaren Energien sind ja inzwischen allseits bekannt. Ich will darauf eingehen, dass diese Reden und Ihre Taten weit auseinanderklaffen, und zwar sowohl in der Vergangenheit als auch heute. Es ist wunderbar, zu hören, wie stark Sie heute die Wirtschaftskraft der erneuerbaren Energien gelobt haben. Sie haben auch viele Falschargumente bezüglich der hohen Kosten und anderes ausgeräumt. Dafür herzlichen Dank.

Sie haben auch gesagt, dass dies eine Wirtschaftsentwicklung darstellt, die phänomenal ist – sinngemäß zumindest – und auf die wir stolz sein sollten. Ich frage Sie: Wo war denn Ihr Weitblick und der Ihrer Partei, dies frühzeitig zu erkennen? In der Tat geht das minimal auf das alte Stromeinspeisegesetz zurück, das damals in einer interfraktionellen Aktion von dem inzwischen leider verstorbenen Hermann Scheer von der SPD, Herrn Engelsberger von der CDU/CSU und Herrn Daniels von den Grünen auf den Weg gebracht und – mit der Mehrheit der Union, ohne Zweifel – verabschiedet wurde.

(B)

(Ulrich Kelber [SPD]: Aber Norbert Röttgen war noch nicht dabei!)

Als dann in den Folgejahren der 90er-Jahre die Erkenntnisse bezüglich der erneuerbaren Energien immer mehr in das Bewusstsein drangen und eine Novelle zu diesem Gesetz zwingend erforderlich war, weil mit der Liberalisierung die Strompreise für die Windkraft und damit auch die Einspeisevergütung sanken und die erneuerbaren Energien unter die Räder kamen, da haben Sie nicht mehr mitgemacht. Sie haben auch bei der Integration der Photovoltaik und der Bioenergien und der Verankerung einer Festpreisvergütung im Erneuerbare-Energien-Gesetz im Jahr 2000, das das eigentliche Fundament für das deutsche **Wirtschaftswunder** der erneuerbaren Energien war, nicht mitgemacht. Sie persönlich haben damals, ohne Weitblick zu haben, gegen dieses Gesetz gestimmt.

Im Hinblick darauf sollten Sie einmal Ihre Vergangenheit beleuchten. 2004 haben Sie gegen die Novelle zu diesem Gesetz gestimmt, obwohl Sie damals zustimmen wollten. Frau Merkel hatte aber diktiert: Eine Zustimmung der Union gibt es nur, wenn das Gesetz 2007 abgeschafft wird. Wo also bleibt Ihr Weitblick?

Auch Ihre Landes-CDU hat keinen Weitblick gehabt. Noch 2005 wurde unter der Regierung Rüttgers in einem Koalitionsvertrag festgelegt, eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu ergreifen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Buh!)

(C)

Gott sei Dank hat sie nicht gegriffen, obwohl beispielsweise von der CSU mehrfach der Antrag in den Bundesrat eingebracht wurde, dieses Gesetz abzuschaffen. Dies ist die wahre Historie, die belegt: Sie haben keinen Weitblick gehabt, sondern ernten heute nur den Erfolg. Immerhin bestätigen Sie den Erfolg.

Nun zur heutigen Fehleinschätzung.

(Bernhard Schulte-Drüggelte [CDU/CSU]: Wir können nichts dafür, dass Sie keine Redezeit bekommen haben!)

Sie sagen, es sei ein tolles Energiekonzept, das Sie – mit 35 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien bis 2020 und 80 Prozent bis 2050 – auf den Weg bringen. Sie sagen, so sehe der Ausbau der erneuerbaren Energien auf heutigem Niveau aus.

Ich habe Sie mehrfach nach den Detailzahlen gefragt, die Ihnen im Prognos-Gutachten als Grundlage für die Begründung der Laufzeitverlängerung dargelegt wurden. Dort sind folgende Zahlen angenommen: minus 85 Prozent gegenüber dem heutigen Ausbau bei Bioenergien, minus 75 Prozent bei Solarenergie, minus 65 Prozent bei Wind onshore. Sie haben mir immer wieder die eigenen Zahlen verweigert. Ich bitte Sie heute, endlich die jährlichen Zubauraten, die Sie in Ihrem Energiekonzept zugrunde legen, zu nennen. Wenn Sie höhere Zahlen als Prognos und EWI haben, müssen Sie mehr als 35 Prozent Strom bis 2020 annehmen. Dann gibt es keine Begründung mehr für die Laufzeitverlängerung der Atomkraft.

(D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Minister, Sie haben Gelegenheit zur Reaktion.

Dr. Norbert Röttgen, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Sehr geehrter Herr Kollege Fell, ich muss schon sagen, dass ich es bemerkenswert und bezeichnend finde, dass Sie den wesentlichen Teil Ihrer Kurzintervention, gewissermaßen als Replik auf die Umweltpolitik im Jahre 2010, mit historischen Ausführungen zugebracht haben. Das zeigt eigentlich, dass Sie in der Geschichte der Umweltpolitik etwas präsenter sind als in der Gegenwart.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Wie billig! – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Erste Stunde Rhetorikseminar für Anfänger!)

Das drückt das doch ganz eindeutig aus. Ich kann das nicht anders sagen. Ich rede über die Umweltpolitik im Jahr 2010 mit der Perspektive Zukunft, und Sie reden von der Vergangenheit.

Das ist auch ein bisschen Ihre Mentalität. Die Grünen empfinden sich, ein bisschen selbstgerecht und selbstzu-

Bundesminister Dr. Norbert Röttgen

- (A) Frieden, als die Erfinder und Inhaber des Steins der Weisen.

(Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: EEG, sage ich nur!)

Vielleicht kommen Sie ein bisschen von Ihrer Selbstzufriedenheit herunter und stellen sich der Auseinandersetzung heute. Das wäre eine Alternative.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Davon habe ich gesprochen.

Sie können Ihr Konzept hier verteidigen. Es ist wirklich bemerkenswert, dass Ihre Sprecherin Ihr Konzept, das ganz frisch ist und gerade erst auf Ihrem Parteitag beschlossen wurde, nicht erwähnt hat. Vielleicht hört man auch im Deutschen Bundestag einmal etwas davon, was Sie beschlossen haben.

(Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist ja schön, dass Sie, wenn es um Ihren Haushalt geht, lieber über unsere Beschlüsse reden wollen! Jetzt geht es aber um Ihren Haushalt! – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt aber bitte mal zum Haushalt!)

Kennen Sie Ihr Konzept gar nicht? Oder ist es Ihnen, wie andere Ihrer Beschlüsse auch, ein bisschen unangenehm? Es wäre schön, wenn Sie etwas zum Inhalt Ihrer eigenen Politik sagen würden.

(Beifall der Abg. Beatrix Philipp [CDU/CSU])

- (B) Im Übrigen ist es überhaupt nicht mein Ehrgeiz, zu sagen, dass das internationale Renommee, das sich Deutschland erarbeitet hat, nur der Politik von CDU/CSU und FDP zu verdanken ist; so hat es vorhin der Kollege Bartol in völliger Verkennung der Lage, wie ich glaube, dargestellt. Ich bin erst seit gut einem Jahr im Amt. Ich glaube, dass ich das vorhandene Kapital nicht geschmälert habe. Aufgebaut haben es allerdings meine Vorgänger.

(Frank Schwabe [SPD]: Ganz genau! Allerdings!)

Davon nehme ich keinen Einzigen aus.

Unser Land, Deutschland, hat auf diesem Politikgebiet – Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsschutzpolitik haben übrigens auch eine außenpolitische und geopolitische Bedeutung – ein außerordentlich hohes Ansehen und große Kompetenz. Uns wird sogar eine enorme Führungskraft zugesprochen. Manchmal muss man sich wirklich die Frage stellen: Können wir die Erwartungen der anderen überhaupt erfüllen?

(Frank Schwabe [SPD]: Nein! So natürlich nicht!)

Das ist gemeinsam erarbeitet worden,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

auch von den Grünen, aber bei weitem nicht nur von ihnen.

Gestern haben wir das 20-jährige Jubiläum des DSD gewürdigt und gefeiert. Die Themen Kreislaufwirtschaft

und Recyclingwirtschaft sind übrigens von Klaus Töpfer in die deutsche Politik eingebracht worden; damals waren die Grünen nicht dabei. Heute können wir beim Hausmüll Recyclingraten von 75 Prozent verzeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum weichen Sie denn immerzu der Frage aus? Warum reden Sie jetzt plötzlich sogar über das Thema DSD?)

Eines ist natürlich klar: Wenn diese Koalition das EEG auf den Weg gebracht hätte, wäre es noch besser geworden, als es schon ist; auch das dürfte keine Frage sein. Natürlich ist es immer weiter fortzuentwickeln.

Abschließend möchte ich auf das Thema Photovoltaik eingehen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Ausbauzahlen gibt es?)

– Dazu komme ich noch. – Wir haben hier darüber gestritten, ob eine Senkung der Photovoltaikvergütung notwendig ist, um die Photovoltaik zu erhalten. Damals haben Sie wildes Geheul angestimmt und kritisiert, dann würde die Branche untergehen. Wie ist die Situation heute? Die Branche boomt, nicht obwohl, sondern weil wir eine Senkung der Photovoltaikvergütung vorgenommen haben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dünner Applaus!)

Nun zu den Ausbauzielen. Sie insistieren darauf, das Gutachten der Forschungsinstitute sei die Politik. Ich habe Ihnen schon mehrmals gesagt: Das Gutachten der Forschungsinstitute ist eine Grundlage für politische Entscheidungen. Es ersetzt politische Entscheidungen aber nicht. Politik wird im Deutschen Bundestag gemacht und nicht in irgendwelchen Forschungseinrichtungen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie sind die Zahlen?)

In unserem Energiekonzept haben wir für die verschiedenen Dekaden klare Zahlen genannt.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Ausbauzahlen will ich wissen!)

Wir haben für die einzelnen Bereiche der erneuerbaren Energien, zum Beispiel für Wind- und Sonnenenergie, für jede Dekade Ausbauzahlen festgelegt.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Das haben Sie im Energiekonzept nicht getan!)

Wir wollen das Ziel erreichen, bis zum Jahre 2050 80 Prozent unseres Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken. Zu diesem Zweck haben wir einen Überprüfungsmechanismus etabliert.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Einbruch für die Branche!)

Alle drei Jahre wird überprüft: Befinden wir uns auf dem Pfad der Zielerreichung, oder müssen wir nachsteuern?

Bundesminister Dr. Norbert Röttgen

- (A) Sie können sich darauf verlassen, dass wir dem richtigen Pfad folgen und, um unsere Ziele zu erreichen, eine Selbstverpflichtung eingehen, sowohl was die Zwischenschritte als auch was das Endziel betrifft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! Das ist eine Drohung!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte solche Zwiegespräche nicht zur Regel werden lassen. Beide haben die erlaubte Redezeit von drei Minuten gnadenlos überzogen. Da Herr Fell seine Redezeit überzogen hat,

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entschuldigung!)

musste ich aus Fairnessgründen auch den Minister überziehen lassen; das gehört sich so.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danke, Herr Präsident! So ist es richtig!)

Wir wollen das aber nicht zur Regel werden lassen.

Nun erteile ich das Wort Kollegen Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

- (B) Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die gefällige Rede des Ministers hatte sehr wenig mit dem, was im Haushalt steht, zu tun.

(Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wahr!)

Noch weniger hatte sie damit zu tun, wie der Minister handelt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben ein geschlagenes halbes Jahr dabei zusehen müssen, dass er das Amt des Bundesumweltministers seinen parteipolitischen Ambitionen in Nordrhein-Westfalen untergeordnet hat.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ach! So ein Quatsch!)

Damit muss Schluss sein.

Die Stimmung im BMU ist nicht gut. Es herrscht eine Kultur des Misstrauens der Leitung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Otto Fricke [FDP]: Aha! Sehr interessant! Wer sagt das?)

In vielen wichtigen Feldern werden keinerlei Initiativen mehr ergriffen, und zahlreiche Entwürfe des Hauses versauern auf den Schreibtischen von Staatssekretär und Minister.

Der Titel „Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“ formuliert einen hohen Anspruch. Die Bilanz dieses Jahres hingegen ist armselig. Darüber kann keine noch so ausgefeilte Rede hinwegtäuschen. Auch das Aufführen als „Häuptling fremde Feder“ täuscht darüber nicht hinweg.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In vielen Feldern handelt der Minister gar nicht, in anderen Feldern handelt er genau entgegengesetzt zu dem, was er in seinen Reden sagt. Im Alltag kürzt Bundesminister Röttgen bei den wichtigsten ökologischen Programmen, verweigert die Weiterentwicklung einer ökologisch ambitionierten Gesetzgebung und bedient die Atomkonzerne.

Ich möchte das an Details belegen:

Im Umweltschutz rühmt sich der Minister auf einer Pressekonferenz des Rekords bei der Förderung von ökologisch-innovativen Technologien aus dem **Markt-anreizprogramm**. Wenn man genauer hinschaut, stellt man fest: Die Rekordzahlen sind aus dem Jahr 2009. Zu 90 Prozent der Zeit dieses Jahres war er nicht Minister. Minister ist er in 2010: Da wird das Programm gekürzt. Minister will er in 2011 bleiben: Da ist eine erneute Kürzung des Programms vorgesehen. Er rühmt sich also für die Vorgängertaten, die er selber zerstört.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Ziele des Energieeffizienzgesetzes, das die Unterschrift von Norbert Röttgen trägt, liegen deutlich unter dem, was sich Deutschland im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie vorgenommen hat. Es darf nur noch der EU-Minimalkonsens umgesetzt werden, das berühmte „Eins zu eins“. Das heißt, das Hightechland Deutschland, das Energieeffizienztechnologien in die ganze Welt verkaufen will, schafft für seinen Heimatmarkt Regeln, die eigentlich für die ärmsten südosteuropäischen Transformationsländer vorgesehen waren. Das ist der Hightechanspruch von Schwarz-Gelb und Norbert Röttgen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Im Bereich des Klimaschutzes – der Kollege Bartol hat schon darauf verwiesen – sind alle Versprechen gebrochen worden. Wir hatten zugesagt, dass alle Mittel für den Klimaschutz zusätzlich zu den Mitteln für die Armutsbekämpfung zur Verfügung gestellt werden sollen. Schwarz-Gelb verrechnet jetzt die Mittel für den Klimaschutz mit den Mitteln für die Armutsbekämpfung.

(Sören Bartol [SPD]: So ist es! Schweinerei!)

Das ist schändlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ulrich Kelber

- (A) Jetzt zum Angriff auf die Erneuerbaren. Die Zahlen vom Kollegen Fell stimmten. Man hätte sie vielleicht noch etwas zusammenfassen können.

Ich habe die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage gefragt: Teilen Sie die Zahlen der Gutachter zum Energiekonzept? Antwort – sie ist mit Ihnen abgestimmt, Herr Röttgen; denn das ist das Vorgehen in der Bundesregierung –: Ja, diese Zahlen sind glaubwürdig und sinnvoll. – Dann sollte man die Zahlen auch nennen. Hans-Josef Fell hat sie für 2020 genannt. Die Abschätzungen dieser Politik für 2030 sind noch abenteuerlicher: minus 98 Prozent beim Windausbau, minus 99 Prozent bei der Photovoltaik, minus 100 Prozent bei Biomasse. Das ist die Erneuerbare-Energien-Politik à la Norbert Röttgen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Der zweite Teil des Titels ist der Naturschutz. In Nagoya haben Sie die Schwellen- und Entwicklungsländer zum Schutz der Regenwälder aufgefordert. Diese Aufforderung unterstützen wir, Herr Minister. Ich frage mich nur: Wo ist der deutsche Umweltminister, wenn in Deutschland durch Schwarz-Gelb ein Waldgesetz gemacht wird und in diesem Waldgesetz noch nicht einmal die Festschreibung „nachhaltige Waldbewirtschaftung“ erfolgen darf, was es in der deutschen Gesetzgebung zum Wald schon vor 200 Jahren gegeben hat? Sie sind hinter etwas zurückgefallen, was es in Deutschland schon vor 200 Jahren gegeben hat.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wo ist der deutsche Umweltminister, wenn Moore in Deutschland noch immer unter den Pflug kommen, mit all den CO₂-Emissionen, mit all der Vernichtung der dortigen Artenvielfalt? Wir können doch nicht von anderen Ländern etwas fordern, wozu wir im eigenen Land wegen Klientelbediening nicht bereit sind. Reagieren Sie endlich auch im Bereich Naturschutz, Herr Minister!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Sagen Sie doch einmal ein Beispiel!)

Wir sind in der Haushaltsberatung, Herr Kollege Schulte-Drüggelte. Deswegen ist es richtig, in den Haushalt zu schauen. In der Tat gibt es einen Aufwuchs im Bereich der Atomenergie, nämlich 35 Prozent, und es gibt eine Kürzung bei Natur, Umwelt und Klimaschutz um 10 Prozent. Auch das ist der Haushalt von Norbert Röttgen.

Bleibt zuletzt die politische Zuständigkeit für den Naturschutz. Der Abteilungsleiter wurde sofort nach Amtsantritt des Ministers entlassen. Das machen die meisten Minister aller Couleur.

(Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Falsche Farbe!)

(C) Acht Monate lang wurde der Posten nicht besetzt. Man hat scheinbar niemanden mit passendem Parteibuch gefunden. Nach dem aktuellen Organigramm auf Ihrer Website wird die Abteilung Naturschutz jetzt im Nebenamt durch die Büroleiterin des Ministers geleitet. Das ist der aktuelle Stand auf der Website des Umweltministeriums. Das ist eine spannende Zuständigkeit für Naturschutz.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Georg Nüßlein [CDU/CSU]: Sparsam!)

Einem Bereich seines Amtes widmet sich der Minister tatsächlich; das ist der Bereich **Atomenergie**. Allerdings heißt er eigentlich „Minister für Reaktorsicherheit“.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ja!)

Deswegen nahm er eine seiner ersten Amtshandlungen im Bereich Reaktorsicherheit vor. Er hat nämlich das modernisierte kerntechnische Regelwerk wieder außer Kraft gesetzt, in dem höhere Sicherheitsanforderungen für Atomkraftwerke standen. Danach gab es den Versuch, die Erkundung der Endlager zu privatisieren, um kritische Bundesbehörden auszuschalten und den Atomkonzernen einen Zugriff zu ermöglichen. Jetzt lässt er sich in Gorleben die Gutachten von einem Atomlobbyisten schreiben, der von Vattenfall wegen der Pannen in Krümmel und Brunsbüttel entlassen wurde.

(D) Die Bürgerbeteiligung, die mit Transparenz und „Wir nehmen doch alle mit“ vorneweg getragen wird, wird wie folgt behandelt: Bei Gorleben wird auf ein vor 20 Jahren abgeschafftes Uraltrecht zurückgegriffen, um keine Bürgerbeteiligung machen zu müssen. Alle aktuellen Gesetze sehen die Bürgerbeteiligung vor. Im Atomgesetz führen Sie etwas Neues ein, um ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 2008, wonach Anwohner von Atomkraftwerken wegen mangelnder Sicherheitseinrichtungen klagen können, zu umgehen. Das ist Bürgerbeteiligung à la Norbert Röttgen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema **Russlandtransporte**. Ich bin Ihnen dankbar, dass einer aus dieser Koalition gesagt hat, das sei Teil ihres Konzepts. Aus einem deutschen Zwischenlager wird Atommüll nach Russland gebracht, und wir wissen nicht genau, wie und unter welchen Sicherheitsbedingungen dieser Atommüll dort, in einem der am stärksten radioaktiv verstrahlten Orte der Welt, behandelt werden wird. Sie haben das erneut mit Geheimpapieren vorbereitet. Das scheint bei Ihnen ja zur Mode geworden zu sein, Herr Minister.

Sie verweisen dabei auf einen Vertrag, durch den Sie angeblich dazu verpflichtet sind. Wenn man in den Vertrag hineinschaut, dann stellt man fest, dass dieser Vertrag dafür gedacht war, waffenfähiges Material aus zerfallenden Staaten Osteuropas und Zentralasiens, das gesichert wurde, nach Russland zu schicken. Wir schicken jetzt nicht waffenfähiges Material aus sicheren

Ulrich Kelber

- (A) deutschen Zwischenlagern zur Aufarbeitung nach Russland, sodass daraus erst waffenfähiges Material wird. Das ist ein Abgrund an Unehrllichkeit, der einem deutschen Minister nicht zusteht.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Walter Wallmann, Klaus Töpfer, Angela Merkel haben eine Gemeinsamkeit mit Norbert Röttgen: Auch sie sind CDU-Mitglieder und waren Bundesumweltminister. Diese drei haben in ihrem Amt aber Verschlechterungen in der Umweltgesetzgebung und bei den ökologischen Förderprogrammen verhindert. Das ist der entscheidende Unterschied.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Das war ein Rohrkrepiierer!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Michael Kauch für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Kauch (FDP):

- Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch die Rede von Herrn Kelber war voller Fehler. Er hat behauptet, ein Abteilungsleiter sei entlassen worden, obwohl die eigene Regierung diesen Mann während der Großen Koalition noch zum Präsidenten des Umweltbundesamtes gemacht hat. Das zeigt, wie ernst Sie es mit der Wahrheit nehmen, Herr Kelber.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen will ich mich damit auch gar nicht auseinandersetzen, sondern ich möchte darauf eingehen, was diese Bundesregierung hinsichtlich der finanziellen Ausstattung im Bereich der Umweltpolitik erfolgreich geleistet hat.

Mit dem Gesetz zur Errichtung eines **Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“** haben wir das größte Förderprogramm für erneuerbare Energien auf den Weg gebracht, das dieses Land je gesehen hat.

(Sören Bartol [SPD]: Das ist doch unglaublich!)

Sie sind hier wahrscheinlich deswegen so polemisch, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von den Grünen, weil Sie das, was wir geschafft haben, nicht auf die Reihe bekommen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben nämlich zusätzliche Mittel für den Umwelt- und Klimaschutz bereitgestellt. Das steht im Gesetz, und das wird durch den Wirtschaftsplan deutlich.

Wir haben hier zum einen die Erlöse aus den Kernkraftwerken genutzt, zum anderen haben wir aber auch etwas getan, was uns alle Umweltverbände immer vor-

- geschlagen haben und was Sie, die SPD, in Ihrer Regierungszeit zwar immer gefordert, aber nie auf die Reihe bekommen haben, dass nämlich die Erlöse aus den Versteigerungen von CO₂-Emissionsrechten für den Umwelt- und Klimaschutz ausgegeben werden. Wir machen das ab 2013 zu 100 Prozent. Niemand muss mehr für die Umweltpolitik zum Finanzminister betteln gehen. Wir haben für eine gesicherte Finanzierung der zusätzlichen Programme der nächsten Jahre gesorgt. Das haben nicht Sie, sondern das hat diese Koalition aus FDP und Union geschafft.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Sören Bartol [SPD]: Wie sieht es auf der Einnahmeseite aus? Es geht um die Einnahmen!)

FDP und Union haben nicht nur für die Finanzierung **erneuerbarer Energien** gesorgt, nein, wir haben auch die Zielmarke, wie hoch der Anteil des Stroms sein soll, der aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, so hoch gesetzt, wie es keine andere Regierung in diesem Land je getan hat. Wir wollen bis 2050 einen Anteil des Ökostroms von 80 Prozent erreichen. Dafür, wie das gelingen kann, haben wir ein realistisches Szenario und kein Wolkenkuckucksheim aufgebaut, wie die Opposition das tut.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, aber aus der Sahara!)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie haben Ihren Beschluss vom Bundesparteitag hier versteckt, weil er Ihnen wahrscheinlich peinlich ist; denn ohne ausgebaute Stromnetze und ohne Speicher wird es nicht möglich sein, bis 2030 eine Stromversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu erreichen.

(Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann man locker hinbekommen!)

Sie belügen die deutsche Bevölkerung mit Ihren Wolkenkuckucksheimen, die Sie hier aufbauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kauch, Sie wissen doch, dass es klappt!)

Es ist reiner Populismus, was Sie zum Beispiel zum **Netzausbau** sagen. Sie wissen, dass es Widerstand gibt, und deshalb versprechen Sie allen Erdkabel. Sie wissen aber auch – das ist gestern höchstamtlich bestätigt worden –, dass das 20 Milliarden Euro mehr kosten wird. Das wird dann auf die Strompreise umgelegt. Das ist vielleicht für Ihre besserdienende Klientel kein Problem, für den Normalbürger in Deutschland aber sehr wohl.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage aus der Fraktion der Grünen?

(A) **Michael Kauch** (FDP):
Sehr gerne.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Bitte schön.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie kommen wie ich aus Nordrhein-Westfalen, wenn ich richtig informiert bin. Dort gab es bis vor einigen Monaten eine schwarz-gelbe Landesregierung. Ist Ihnen bekannt, dass diese Landesregierung, um den Netzausbau voranzubringen, ein Ausbaugesetz, das die Grünen im Landtag gefordert haben und das es im Land Niedersachsen bereits gibt, systematisch durch entsprechende Initiativen im Landtag verhindert hat, dass sie die Bedenken aus der Bevölkerung nicht ernst genommen hat und wir deshalb in Nordrhein-Westfalen dieselben Probleme mit dem Netzausbau haben wie andere Länder?

Ich habe noch eine zweite Frage. Sie haben eben gesagt, wir würden unseren **Parteitagsbeschluss** verstecken. Das Gegenteil ist der Fall: Wir haben ihn als Antrag eingebracht. Als Sie ausschließlich Gesetzesnovellen zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke eingebracht haben, haben wir unser Energiekonzept im Umweltausschuss zur Abstimmung gestellt. Ihre Fraktion hat zusammen mit der CDU/CSU unseren Antrag von der Tagesordnung genommen, weil Sie sich nicht damit auseinandersetzen wollen. Warum haben Sie das gemacht und werfen uns jetzt vor, dass das hier nicht zur Debatte steht?

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Michael Kauch (FDP):

Lieber Kollege, wir als Koalition aus FDP und Union werden den Netzausbau durch Bundesaktivitäten für alle Bundesländer voranbringen, indem wir beispielsweise Planungsvorgaben, soweit sie in der Kompetenz des Bundes liegen, vereinfachen. Wir werden beispielsweise – das hat der Wirtschaftsminister angekündigt – die Akzeptanz dadurch stärken, dass wir mit den Betroffenen und den Verbänden in einen Dialog eintreten.

Man kann nicht nur hier in Berlin Versprechungen machen, sondern man muss auch vor Ort dafür geradestehen. Ihre grünen Kreisverbände demonstrieren überall dort, wo es eine Bürgerinitiative gibt, gegen den Netzausbau, und hier stellen Sie sich als Musterknaben dar. Das ist der Widerspruch Ihrer grünen Politik: Hier sind Sie für erneuerbare Energien und vor Ort dagegen. Sie können nur dagegen sein. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Dagegen-Politik zeigt sich deutlich. Sie sind gegen Netzausbau. Sie sind gegen CCS im Bereich Industrie und Biomasse, womit man CO₂ sogar aus der Atmosphäre herausholen kann. Sie sind gegen den Ersatz alter Kohlekraftwerke und senken deshalb die Klimaschutzziele in NRW. Sie sind gegen ein Endlager, haben aber zehn Jahre lang nichts getan, wohl wissend, dass

wir eine Lösung finden müssen. Sie sind immer dagegen. (C)

Ein Blick in Ihren Antrag, der gleich zur Abstimmung steht, zeigt das auch. Ihr grüner Umwelthaushalt sieht so aus, dass Sie einfach mehr Geld fordern. **Generationengerechtigkeit** ist Ihnen völlig egal. Wir sehen das auf Bundesebene. Dort senken wir die Neuverschuldung um 40 Prozent, Rot-Grün in NRW erhöht sie um 35 Prozent. Das ist Ihre Nachhaltigkeitspolitik.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen allmählich zum Ende kommen.

Michael Kauch (FDP):

Ich komme sofort zum Ende. – Ihre billigen Gegenfinanzierungsvorschläge – je 1,1 Milliarden Euro bei den Ausnahmen von der Ökosteuer und durch die Besteuerung von Erdöl – sind nur heiße Luft. Damit vertreiben Sie die Arbeitsplätze aus der Chemieindustrie in die Ukraine und in andere Länder im Osten, die keinen Klimaschutz betreiben. Das ist nicht verantwortbar. Es ist nicht nachhaltig. Damit bedienen Sie nur Ihre eigene Klientel.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegen Kelber das Wort.

Ulrich Kelber (SPD):

Ich habe vorhin Herrn Minister Röttgen vorgeworfen, den Abteilungsleiter für Naturschutz entlassen, die Stelle dann acht Monate nicht besetzt zu haben und sie heute im Nebenamt verwalten zu lassen. In der Tat hat der Minister Abteilungsleiter entlassen. Ich habe aber zwei Ressorts verwechselt. Der Abteilungsleiter Naturschutz ist vorher gegangen. Ich habe das öffentlich behauptet, und ich möchte es öffentlich korrigieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Ralph Lenkert für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ralph Lenkert (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Morgen ist Vorlesetag in der Bundesrepublik, und die Redner der Regierungskoalition könn-

Ralph Lenkert

- (A) ten daran mit ihren Reden unter dem Motto „Geschichten aus dem Märchenland“ teilnehmen.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Wieso? Sie lesen doch gerade Ihre eigene Rede vor!)

Wer Laufzeiten verlängert, muss für eine sichere **Atom-mülllagerung** sorgen, damit diese tödliche Fracht weg ist.

Das Endlagerungskonzept in der Asse ist gescheitert. In Gorleben gibt es undefinierte geologische Strukturen, Erdöl im Salzstock, Erdgas im und unter dem Salz. Wer in diesem explosiven Gemisch Atommüll einlagert, spielt russisches Roulette.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Er weiß um die tödliche Gefahr und hofft, dass es ihn nicht trifft. Beenden Sie dieses Hasardspiel, verschwenden Sie nicht weitere Millionen in diesem Salzstock und setzen Sie das Geld – wie von uns gefordert – ein, um eine sichere Aufbewahrungslösung für diesen tödlichen Müll zu finden.

(Beifall bei der LINKEN)

Kein Werbeetat wird aus Gorleben, Asse und Schacht Konrad technisch akzeptable und sichere Endlager machen. Das Werbegeld gehört deshalb aus dem Haushalt gestrichen. Und kein oscarreifer Auftritt des Umweltministers wird darüber hinwegtäuschen –

- (B) (Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war kein Oscar, sondern eine Goldene Himbeere!)

– ich meine den Oscar-Preis aus Hollywood –, dass dieser Haushalt von dem Ziel, Strom aus erneuerbaren Energien zu 100 Prozent im Jahr 2050, wegführt.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das größte technische Problem regenerativer Stromerzeugung ist die nicht ständige Verfügbarkeit von Wind und Sonne. Das Entwickeln neuer **Stromspeichertechnologien** mit hohem Wirkungsgrad ist deshalb unerlässlich. Das Fraunhofer-Institut entwickelte ein Verfahren zur Erzeugung von künstlichem Methan aus Wasser und Kohlendioxid mithilfe von elektrischem Strom. Das ist eine Möglichkeit, um das Speicherproblem zu lösen. Leider entsteht die Testanlage in Österreich und nicht in Deutschland.

Damit solche innovativen Lösungen zukünftig in der Bundesrepublik und nicht in anderen Ländern installiert werden, fordert die Linke zusätzliche 490 Millionen Euro für solche zukunftsweisende Projekte.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir beantragen einen **Energiesparfonds** in Höhe von 2,5 Milliarden Euro jährlich, finanziert aus den Gewinnen der Energiekonzerne. Heute früh habe ich in der *ARD* gesehen, dass Eon, RWE und EnBW im Jahre 2002 einen Gewinn in Höhe von 5,8 Milliarden Euro erzielten. Im Jahre 2009 waren es bereits 23 Milliarden Euro.

- Wenn wir ihnen etwas wegnehmen, werden sie – das glaube ich – schon nicht verhungern. (C)

Mit diesem Fonds sollen Förderprogramme zur Energieeinsparung und Energiekostensenkung durchgeführt werden. Die Umsetzung zum Beispiel in öffentlichen Verwaltungen wirkt mehrfach. Lokale Firmen erhalten Aufträge und steigern damit die regionale Wirtschaftskraft, und auch die finanzielle Lage von Ländern und Kommunen verbessert sich, weil die Heizkosten und Energierechnungen für öffentliche Gebäude sinken.

In Ihrem Energiekonzept fordern Sie einen besseren **Wärmeschutz**. Dieser kostet etwa 500 Euro oder mehr je Quadratmeter. Bei 100 Quadratmetern selbstgenutztem Wohnraum wären das 50 000 Euro an Aufwand. Für Mieter würde dies Kaltmietensteigerungen von mindestens 5 Euro je Quadratmeter bedeuten. In Gera wären dann durchschnittlich 9 Euro und in Jena sogar 12 Euro Kaltmiete je Quadratmeter zu erwarten. Ihre Antwort auf dieses durch Ihr Energiekonzept ausgelöste soziale Horrorszenario lautet: Kürzung des Marktanzreizprogramms und des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms. Das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht. Deshalb fordert die Linke beim Wärmeschutz einen vernünftigen Abgleich zwischen Wärmedämmung und Kostenaufwand sowie ein unterstützendes Investitionsprogramm. Die 2,5 Milliarden Euro des Energiesparfonds wären ein Schritt zum sozialökologischen Umbau der Gesellschaft und ein Beitrag zur Stärkung der Kommunen. (D)

Meine Damen und Herren, mit dem Haushalt sichern Sie die Profite der vier Konzerne. Mittelständler, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Handwerker, Selbstständige, zukünftige Generationen und die Umwelt würden von unseren Vorschlägen profitieren. Ich empfehle Ihnen deshalb, unsere Änderungsanträge anzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun Hermann Ott für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Röttgen, vielen Dank dafür, dass Sie die rot-grünen Erfolge in der Energiepolitik hier so gelobt haben, in denen Sie sich jetzt sonnen können. Schade nur, dass Sie es nicht auch so gut machen können. Ich erinnere mich an die Debatte vor ziemlich genau einem Jahr. In der Kopenhagen-Debatte am 3. Dezember 2009 habe ich hier gesagt: Die wahren Gegner Ihrer Politik sitzen nicht hier auf den harten Oppositionsbänken. Nein, die Gegner Ihrer Politik sitzen dort bei Ihnen auf der Regierungsbank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist fast schon unheimlich, wie sich diese Vorhersage bestätigt hat.

Dr. Hermann Ott

- (A) Von Ihren hochfliegenden Plänen ist nichts, aber auch gar nichts übrig geblieben. Sie haben beim Klima- und Umweltschutz auf ganzer Linie verloren gegen Ihre werten Kollegen Brüderle, Niebel und Schäuble. Das sieht man dann auch und gerade am Haushalt; denn im Haushalt liegt die Wahrheit. In der Verteilung von Ressourcen drücken sich **Präferenzen** aus. Die Präferenzen sind in Ihrem Fall eindeutig. Bedacht wird die energieintensive Industrie durch Ausnahmen von der Ökosteuer. Bedacht wird die Atommafia durch die vereinbarte völlig unsinnige und gefährliche Laufzeitverlängerung. Gekürzt wird dagegen bei den erneuerbaren Energien. Gekürzt wird beim Marktanreizprogramm. Gekürzt wird bei der Gebäudedämmung. Gestrichen wird schließlich auch noch die Förderung von Fernwärme. Das, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, haben Sie noch nicht einmal mitbekommen. Das wurde Ihnen von der Bundesregierung und den Haushältern einfach untergeschoben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dorothee Menzner [DIE LINKE])

- (B) Es gibt aber auch eine gute Nachricht. Die Bundesregierung lässt sich nicht beirren von den sogenannten Klimaskoptikern oder Klimawandelleugnern. Sie ist überzeugt, dass der **Klimawandel** menschengemacht ist und vertraut den Berichten des IPCC. Ihre Antwort auf unsere entsprechende Kleine Anfrage ist eindeutig. Das ist erfreulich; denn in den letzten Monaten gab es dazu auch andere Stimmen aus der Regierungskoalition. Wenn Sie aber der Analyse des IPCC folgen, dann stellt sich die Frage, warum sich dies in Ihrer Politik nicht wiederfindet. Schließlich sind die vom IPCC beschriebenen Auswirkungen des Klimawandels gravierend, und er verlangt von der Politik entschiedenes Handeln.

Doch was Sie national nicht leisten, setzen Sie konsequent auf internationaler Ebene fort. Wo sind die von Frau Merkel in Kopenhagen zugesagten Klimaschutzmittel für Entwicklungsländer? Meine Vorredner haben schon vom fast magischen Verschwinden der Millionen in den Haushaltsentwürfen berichtet. Die Finanzausgaben dieser Bundesregierung sind wie schillernde Seifenblasen: schön anzusehen, aber schnell wieder weg. Die Kanzlerin hat damals in Kopenhagen natürlich auch vergessen, hinzuzufügen, dass sie die Klimamittel mit der sogenannten ODA-Quote verrechnen will, also mit den Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit. Meinen Sie denn, dass die Diplomaten aus den Entwicklungsländern das nicht merken? So funktioniert das doch nicht. Glauben Sie im Ernst, dass Ihre Klimapolitik international noch als glaubwürdig wahrgenommen wird? Nein, es tut mir leid, aber dieser Haushalt ist nicht wirklich ein Klimaschutzhaushalt. Dieser Haushalt ist ein Klimaschmutzhaushalt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wenn es wenigstens ein Gebiet gäbe, wo diese Bundesregierung etwas leistete! Hier wäre doch im Internationalen Jahr der **Biodiversität** eine große Chance gewesen, zumal unter deutscher Präsidentschaft der Biodiversitäts-

konvention. Aber Sie, Herr Röttgen, waren noch nicht einmal da, als dort Beschlüsse gefasst wurden, weil Sie hier die Atomgesetze durchpeitschen mussten. Sie haben in Ihrer Rede die biologische Vielfalt noch nicht einmal erwähnt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie jetzt ein Bundesprogramm für die biologische Vielfalt auflegen wollen, ist drei Jahre nach der Verabschiedung der Strategie mehr als überfällig. „Ambitioniert“ wäre dafür das falsche Wort. Wir schlagen eine deutliche Aufstockung auf 22,5 Millionen Euro und zusätzlich 2,5 Millionen Euro vor, um die Einrichtung eines nationalen Monitoringzentrums vorzubereiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klimaschutz und Schutz der biologischen Vielfalt sind elementar für das Überleben unserer Spezies auf diesem Planeten. Sie sind elementar für den Schutz aller Lebendigen.

(Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Du hast keine Chance! Herr Röttgen hört nicht zu!)

Die Kanzlerin hat auf ihrem letzten Parteitag eine verstärkte Hinwendung der CDU/CSU zum Christentum angemahnt. Dann fangen Sie mal damit an und halten Sie das, was Sie versprechen! Reden Sie nicht immer nur vom Klimaschutz, sondern stellen Sie die Mittel dafür bereit!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Reden Sie nicht immer nur von der Bewahrung der Schöpfung, sondern handeln Sie auch so! Denn wie heißt es bei Johannes und Matthäus: „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.“

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Ulrich Petzold für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ulrich Petzold (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt 2011 ist ohne Zweifel ein Konsolidierungshaushalt. Aufgrund der größten Wirtschaftskrise seit 1929 sind die Staatseinnahmen in einer Art und Weise zusammengebrochen, wie es bisher in der Bundesrepublik noch nie erlebt wurde. So sind die voraussehbaren **Einnahmen** für das Jahr 2010 vergleichbar mit den Einnahmen von 2006. Das wird vor dem Hintergrund leichter Verbesserungen bei den Einnahmen häufig vergessen. Der Haushalt von 2006 war ein Übergangshaushalt. Er war noch von den Vorgaben von Rot-Grün bestimmt. Es lohnt sich also durchaus, insbesondere für die Damen und Herren der Opposition, die heute scharfe Kritik an dem Umwelt-

Ulrich Petzold

- (A) Haushalt üben, einmal hinzusehen, wie bei gleichen Einnahmen die Ausgaben gewichtet wurden.

Im Jahr 2006 hatten wir bei Steuereinnahmen in Höhe von 233,1 Milliarden Euro einen Umwelthaushalt in Höhe von 774 Millionen Euro. Im Jahr 2010 sind bei geplanten Steuereinnahmen in Höhe von 239 Milliarden Euro 1,59 Milliarden Euro für den Umwelthaushalt vorgesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das bedeutet letztendlich, dass wir bei einem fast gleichen Einnahmenvolumen das Ausgabenvolumen im Bereich des Umwelthaushaltes auf 205 Prozent erhöht haben. Wer also heute von Rot-Grün den Umwelthaushalt kritisiert, muss sich demzufolge als Erstes fragen lassen, was er denn selbst gestaltet hat.

Dieser Haushalt erfährt im Haushaltsjahr 2011 noch einmal einen Zuwachs von 3,1 Prozent. Nun kritisiert die Opposition, dass dieser Haushaltszuwachs nur dem Mehrbedarf im **Endlagerbereich** zugutekommt. Ja, der Mehrbedarf war nach dem Stillstand der letzten Jahre unbedingt nötig, zwingend und absehbar. Von dem Mehrbedarf von 129 Millionen Euro im Aufgabenbereich des Bundesamtes für Strahlenschutz fließen 99 Millionen Euro – das sind mehr als 75 Prozent – in das Endlager Konrad, das nun wirklich auch ein Endlager für Materialien aus Forschung und Medizin ist. Unabhängig von der Nutzung der Kernenergie für die Stromerzeugung ist dieses Endlager erforderlich.

- (B) Nun wurde immer wieder die Kürzung der Mittel für das Marktanzreizprogramm und das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm angesprochen. Entschuldigen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sorgen für eine Verstetigung dieser Programme. Ich bitte Sie, das unbedingt anzuerkennen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wenn man um die Hälfte kürzt, ist es leicht, zu verstetigen!)

– Halt, Sie wissen ganz genau, dass zum Beispiel das Marktanzreizprogramm an die Erlöse aus dem Emissionshandel gekoppelt war. Diese Erlöse sind dramatisch eingebrochen. Schon allein deswegen ist die Verstetigung eine wichtige und positive Entwicklung. – In jedem Fall ist es falsch, nur die negativen Seiten des Haushalts aufzuzählen. Wir haben in sehr wichtigen Bereichen einen Haushaltsaufwuchs. So werden bei dem Titel für **Forschung und Entwicklung** die Mittel für Umweltschutzforschung und Naturschutzforschung erhöht. Das gilt auch für die erneuerbaren Energien, für die die Mittel um 8,5 Millionen Euro auf 129 Millionen Euro erhöht werden. Auch im Naturschutzbereich fließen mehr Mittel. So wird das Bundesprogramm für die biologische Vielfalt um 15 Millionen Euro aufgestockt. Für Naturschutzprojekte geben wir Geld in einer bisher nie bekannten Größenordnung aus.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir als Umweltschützer sollten uns durchaus anrechnen, dass im Verkehrshaushalt zur Wiedervernetzung von Biotopen ein wirklich großer Betrag ausgegeben wird.

Natürlich ist es richtig, **Personalkosten** zugunsten des Programmhaushalts abzusenken. Eine Absenkung des Personalkostenanteils von 28 Prozent im Jahr 2005 auf 16,5 Prozent im Jahr 2011 kann sich schon sehen lassen. Wir müssen aber auch hier Grenzen beachten, um die Arbeit der Behörden nicht zu gefährden. Es ist richtig, Verwaltungskosten im allgemeinen Verwaltungsbereich abzusenken. Doch dort, wo die Behörden als Dienstleister auftreten und die Dienstleistungen infolge fehlenden Personals nicht in der erforderlichen Qualität oder nicht in einem vertretbaren Zeitrahmen geleistet werden können, ist ein Umsteuern erforderlich.

Dass bereits jetzt refinanzierte Stellen aus den Personalkürzungen ausgenommen werden und eine, wenn auch geringfügige, Personalausführung in diesem Haushalt vorgesehen ist, ist richtig. Die zukünftige Richtung muss jedoch heißen: Dienstleistungen der Behörden sind zu refinanzieren. Für diese Dienstleistungen ist das erforderliche refinanzierte Personal zur Verfügung zu stellen. Herr Bundesminister, ich bitte Sie, dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Frank Schwabe für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Frank Schwabe (SPD):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich weiß, wenn der Herr Minister redet, immer nicht so genau, ob ich fasziniert oder eher angewidert sein soll in Bezug auf das, was er hier vorführt.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Bleiben Sie bei Variante eins!)

Er erzählt eigentlich immer wieder dasselbe. Das alles hört sich ganz schön an, aber er macht etwas anderes – und das mittlerweile seit einem Jahr.

Klar ist, dass aus einer ambitionierten Klimaschutzpolitik, aus einer internationalen Vorreiterrolle längst eine Klimapolitik ohne Anspruch geworden ist. Wenn das noch eines Beweises bedurft hätte, wäre es in der Tat der vorliegende Umwelthaushalt. Sie haben vorhin, was den nationalen Bereich angeht, wieder die ganze Zeit über von **Effizienz** geredet. In Ihr sogenanntes Energiekonzept schreiben Sie eine Effizienzquote von 2,1 Prozent hinein. In diesem Haushalt kürzen Sie aber ganz konkret bei der Gebäudesanierung. Da merkt man doch, dass Anspruch und Wirklichkeit nicht zusammenpassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein hartes Wort, aber man kann es nicht anders sagen: Sie lügen in der **internationalen Klimapolitik**. Sie haben gerade davon geredet, welche Reputation sich Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten aufgebaut hat. Sie sagten, Sie wüssten vielleicht nicht so ge-

Frank Schwabe

- (A) nau, ob Sie diesem Anspruch gerecht werden können. Ich glaube, wir können das heute beantworten: Sie werden diesem Anspruch nicht gerecht, Herr Minister Röttgen.

Daniel Dagan, israelischer Journalist, hat mal gesagt: Glaubwürdigkeit ist doch eine einfache Sache. Man sagt, was man tut, und tut, was man sagt. – Wenn man sich Ihre Rede durchliest, kann man überall Anmerkungen machen. Dann wird man merken, dass das bei Ihnen nicht zusammenpasst. Vor allem passt es nicht in der internationalen Politik zusammen. Im Rahmen des Copenhagen Accords haben Sie nämlich für drei Jahre je 420 Millionen Euro an zusätzlichen Geldern für die internationale Klimapolitik zugesagt. Das sind 1,26 Milliarden Euro von 2010 bis 2012. Im letzten Haushaltsjahr haben Sie – nach langer Debatte und vielen Einwüfen der Opposition – immerhin schamhafte 70 Millionen Euro eingestellt. Darauf ist im Übrigen kein Redner der Koalitionsfraktionen eingegangen. Wenn man sich die Zahlen genau anguckt, stellt man fest, dass am Ende gerade mal 10 Prozent der zusätzlich zugesagten Gelder im Haushalt stehen werden. Das ist eine Lüge und nichts anderes. Damit ruinieren Sie die internationalen Klimaverhandlungen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

- (B) Wie wollen Sie es hinbekommen, in Ländern wie Tualu und den Malediven, die im wahrsten Sinne des Wortes dagegen kämpfen, abzusaufen, in Ländern wie Guatemala und El Salvador, die heute mit dramatischen Wirbelstürmen zu kämpfen haben, sowie in Ländern wie China und Indien, die darum ringen, international eine progressive Rolle in der Klimapolitik spielen zu können, dafür Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu schaffen, wenn Sie in den Haushaltsberatungen so vorgehen?

Christiana Figueres, die neue Chefin des UN-Klimasekretariats, hat in Bezug auf Cancún und die international zugesagten Gelder von einem goldenen Schlüssel gesprochen. Es wird deutlich, dass Sie den goldenen Schlüssel zerbrechen. Das machen Sie mit diesem Haushalt. Es geht einfach nicht anders, als das als Lüge zu bezeichnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Herr Röttgen, Sie sind heute in eine neue Phase Ihrer „rhetorischen Politik“ eingetreten. Das fing mit der Ankündigung an und ging über in ein gewisses Maß an Aggressivität und Hochnäsigkeit in der Atomdebatte. Heute ist es eine Mischung aus beidem. Sie haben wirklich eine besondere Chuzpe, das vorzutragen. Im Kern allerdings ist Ihre Mission spätestens mit diesem Bundeshaushalt gescheitert.

Sie waren dafür vorgesehen, die Union – auch bei grünen Themen – zu öffnen und zu modernisieren. Herausgekommen ist, dass Sie gefesselt sind von Ihrer eigenen Fraktion, gefesselt sind von einem unmodernen Konservatismus. Man könnte zwar auch in dieser politischen Richtung noch etwas Gutes erkennen, wenn man Konservatismus so interpretieren würde, dass es um

- Naturschutz, um Erhalt der Ressourcen und um Erhalt der Umwelt geht. Darum geht es aber nicht. Es ist eine zutiefst unmoderne Politik, die die Unionsfraktion betreibt, und der Minister ist Gefangener dieser Politik. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Ich habe leider nicht die Zeit, noch einmal umfassend auf Ihr Atomkonzept einzugehen. Hätten Sie die Zeit lieber genutzt – Sie haben es im Koalitionsvertrag versprochen –, das Integrierte Energie- und Klimaprogramm der Vorgängerregierung zu überprüfen und zu erneuern. Das haben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag zugesagt. Ich bin gespannt, ob es bis Weihnachten noch eine entsprechende Überprüfung geben wird.

Sie hätten ein Klimaschutzgesetz für Deutschland machen können. Das wollten Sie. Das waren die Anforderungen Ihres Ministeriums an das sogenannte Energiekonzept. Nichts davon ist durchgesetzt worden.

Zurück auf die internationale Ebene. International geht es im Kern um zwei Dinge: Es geht zum einen um die Frage von Finanztransfers; darüber habe ich gerade geredet. Es geht zum anderen um die Frage eigener Reduktionsanstrengungen im Bereich des **CO₂-Ausstoßes**.

- Herr Röttgen, Sie haben am 15. Juli in einem zusammen mit Kollegen aus anderen europäischen Ländern verfassten Aufsatz geschrieben, dass Sie sich für das 30-Prozent-Ziel innerhalb der Europäischen Union einsetzen. Das war vor etwas mehr als vier Monaten. Was davon ist eigentlich Regierungspolitik in Deutschland geworden? An der Stelle wird deutlich, dass Sie Ankündigungen machen und am Ende keine Rolle in der realen Politik dieser Bundesregierung spielen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der Sache wäre das aber geboten. In der Europäischen Union beträgt die Reduktion jetzt nämlich schon 17,3 Prozent gegenüber dem Jahr 1990, und wir werden wahrscheinlich in Kürze das 20-Prozent-Ziel erreichen. Insofern müsste man vor dem Hintergrund des bisherigen Ziels nun mehrere Jahre gar keine Klimaschutzpolitik mehr betreiben. Deswegen ist vollkommen klar: Das europäische Ziel muss angepasst und auf 30 Prozent angehoben werden. Ich gebe einmal die Prognose ab: Es wird im nächsten Jahr auch zu dieser Anpassung kommen. Sie allerdings werden in dieser Debatte keine Rolle spielen, sondern das wird nach dem Motto ablaufen: Halb zog es ihn, halb sank er hin. Eine Vorreiterrolle in der internationalen Klimapolitik sieht in der Tat komplett anders aus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE
GRÜNEN)

Es hilft nichts, Herr Minister: Sie sind ein Minister der in der Tat passablen Rhetorik, allerdings auch der miserablen Bilanz, der gewachsenen Aggressivität und des Hochmuts. Sie sind ein Minister des nationalen Rückschritts und der internationalen Unglaubwürdig-

Frank Schwabe

- (A) keit. Für Sie persönlich scheint es ja durchaus ein Fortkommen zu geben, wie man in den letzten Monaten sah, inhaltlich sind Sie allerdings – ich glaube, das wissen Sie auch – längst gescheitert.

Glück auf aus dem Ruhrgebiet!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Horst Meierhofer für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Horst Meierhofer (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man fragt sich, in welchem Land man lebt, wenn man hier hört, was alles in Deutschland angeblich beim Klimaschutz falsch läuft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Ich halte es für einen wirklichen Wahnsinn und für einen Skandal, wie sehr man verkennt, was wir in Deutschland leisten und auch, zugegebenermaßen, in der Vergangenheit geleistet haben.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ohne euch!)

- (B) Deshalb muss man doch anerkennen, dass es nach vorne geht und dass noch nie so viel Geld wie in diesem Jahr und in den kommenden Jahren für Klimaschutz ausgegeben wird. Es ist für mich unbegreiflich, mit welchen Scheuklappen Sie in den Umweltetat schauen, dass Sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass wir das Geld dafür aus der **Wirtschaft** holen. Das müsste doch eigentlich den Linken passen.

Herr Lenkert, Sie haben darauf hingewiesen, dass es für die Mieter immer teurer wird. Gleichzeitig wollen Sie aber, dass man keinerlei Kürzungen bei den erneuerbaren Energien in der Weise vornimmt, dass die Preise günstiger werden. Wir nehmen das Geld von den Konzernen, aus der Wirtschaft. Sie wollen es von den Verbrauchern und den kleinen Mietern nehmen. Das ist das Absurde. Hier passen Anspruch und Wirklichkeit nicht zusammen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Hermann Ott [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch billige Polemik!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Bulling-Schröter?

(Ulrich Kelber [SPD]: Nicht die vier Minuten verlängern!)

Horst Meierhofer (FDP):

Gerne.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

(C)

Danke schön, Herr Kollege. – Sie haben über die Steuern gesprochen, die jetzt von den Unternehmen erhoben werden. Nehmen wir einmal die **Brennelementesteuer**. Es gibt ja mehrere ökologische Steuern. Die Einführung einer Brennelementesteuer haben auch die Linken schon seit Jahren befürwortet. Es gibt aber auch die Flugsteuer, die rückwirkend zum 1. September dieses Jahres erhoben wird.

(Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Nein!)

Warum wurde nicht beschlossen, auch die Brennelementesteuer rückwirkend zu erheben? Es war doch für Teile der Koalition absehbar, dass die Energiekonzerne – ich sage es einmal so locker – ein bisschen tricksen werden, um Steuern zu sparen. Das möchte eigentlich jeder, der Steuern zahlt. Bloß gelingt es den meisten Bürgerinnen und Bürgern nicht, den großen Konzernen aber schon.

Horst Meierhofer (FDP):

Ich habe darauf hingewiesen, dass wir uns hier mehr für die Mieter und für die Kleinverdiener einsetzen wollen, als Sie es tun.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Darauf haben Sie sich bezogen.

Unser Ziel erreichen wir dadurch, dass wir die Industrie und die Wirtschaft beteiligen. Sie würden am liebsten unendlich viel in erneuerbare Energien investieren, am besten morgen, wobei sämtliche Kosten zulasten der Stromkunden gehen sollen. Schließlich wollen Sie, dass wir sofort aus der Kernkraft aussteigen. Würden wir dies tun, würden zig Milliarden an zusätzlichen Haushaltsmitteln fehlen, um diesen Umstieg zu schaffen. Sie sind nicht bereit, zu akzeptieren, dass man das eine nicht tun kann, ohne dass man dafür das nötige Geld zur Verfügung hat. Was hat das mit nachhaltiger Umweltpolitik zu tun, heute Geld auszugeben, das man nicht hat? Sie fordern immer eine nachhaltige Umweltpolitik. Aber wenn es um den Haushalt geht, dann ist bei Ihnen von Nachhaltigkeit nichts zu spüren.

(D)

Jetzt möchte ich noch etwas zur Brennelementesteuer sagen. Sie wollten die Brennelementesteuer, und wir haben sie eingeführt. Das ist der Unterschied zwischen der Linken und der FDP zusammen mit der CDU/CSU.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Umweltetats sahen in der Vergangenheit an vielen Stellen viel Geld vor; das ist auch in Ordnung. Man hat die unterschiedlichsten Initiativen unterstützt. Man hat Mittel dafür zur Verfügung gestellt, dass sich das DGB-Bildungswerk für Ressourceneffizienz für Betriebsräte einsetzt. Man hat auch Germanwatch 140 000 Euro gegeben, damit es sich zu CCS äußert. Das Ergebnis waren zwei oder drei Abschnitte Text und zusätzlich ein kleiner Newsletter. Auch dies war Geld, das man an anderer Stelle vielleicht besser hätte ausgeben können. Auch wird das Projekt „Frauen aktiv gegen Atomenergie“ in

Horst Meierhofer

- (A) Zukunft nicht mehr mit 100 000 Euro, wie es zuvor der Fall war, gefördert werden.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir jetzt Schwerpunkte setzen. Wir setzen uns für drei verschiedene Bereiche ein, die vorher in einem Wirrwarr untergegangen sind. Diese drei Bereiche möchte ich Ihnen kurz vorstellen.

Das ist zum einen der Bereich **erneuerbare Energien**. In diesen Bereich wird Geld von Stromkunden investiert, und zwar in einer Höhe, wie es in Deutschland noch nie der Fall war. Es gibt in Deutschland Ausbaumwächse wie nie zuvor. Ich frage mich schon, was man daran zu kritisieren hat, wie man daran zweifeln kann – Herr Fell, Sie haben sich in der Vergangenheit für die erneuerbaren Energien starkgemacht – und wie man gleichzeitig dagegen sein kann, dass es in dieser Phase so unglaubliche Zuwächse gibt. In der Branche gibt es eine Begeisterung wie nie zuvor.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben deutlich mehr Geld für den Bereich **Naturschutz** ausgegeben. Deshalb verstehe ich nicht, wie Sie auf die Idee kommen, uns vorzuwerfen, dass wir überall kürzen. Wir haben im letzten Jahr 30 Millionen Euro für den Bereich Naturschutz zur Verfügung gestellt; in diesem Jahr stehen dafür 50 Millionen Euro zur Verfügung. So etwas hat es vorher nicht gegeben. Unser Minister Röttgen war auf der Naturschutzkonferenz. Sie war übrigens sehr erfolgreich, Herr Kollege Kelber. Ihre Kollegen haben sich im Gegensatz zu Ihnen

- (B) (Ulrich Kelber [SPD]: Habe ich mich über etwas beschwert?)

– Ihre SPD-Kollegen! – darüber beschwert, dass er nicht bis zu den letzten Tagen an dieser Konferenz teilgenommen hat und gleichzeitig darüber,

(Ulrich Kelber [SPD]: Das war noch weniger als billig!)

dass er während der Konferenzverhandlungen nicht hier im Umweltausschuss war. Er kann natürlich unmöglich an zwei Orten gleichzeitig sein. Ich glaube, dass die Ergebnisse, die dort erzielt worden sind, sehr viel besser als alle in der Vergangenheit sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Was den Bereich **Endlagerung** betrifft, müssen wir jetzt – das gebe ich gerne zu – sehr viel Geld in die Hand nehmen. Das müssen wir vor allem deswegen, weil Sie zehn oder elf Jahre lang geschlafen und nichts getan haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist das Schlimme. Wenn man über Jahre hinweg immer mehr Schulden macht und sich nicht darum kümmert, Lösungen zu finden, weil man mit den Ängsten der Bevölkerung spielen will, dann darf man sich nicht darüber beschweren, dass andere ein Thema aufgreifen und zur Bewältigung der Probleme eine Menge Geld investieren müssen. Leider müssen wir das; wir haben keine andere Möglichkeit.

Ich möchte noch etwas zu den Grünen sagen. Die **Olympiabewerbung** interessiert mich als Bayern. Hierbei geht es auch um die ökologischen Auswirkungen. Was die Grünen hier so treiben, ist ein wunderbares Beispiel für eine Politik, bei der man überhaupt nicht darüber nachdenkt, was etwas insgesamt und international bedeutet.

(Frank Schwabe [SPD]: Was hat denn das mit Umwelt zu tun?)

Eine Alternative dazu wäre, dass in Frankreich eine weitere Trabantenstadt in die Alpen gepflanzt wird. In München dagegen besteht die Möglichkeit, zu 90 Prozent bestehende Einrichtungen zu nutzen. Es könnten absolut klimaneutrale Spiele stattfinden. Das hat es noch nie gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Man könnte Plusenergiehäuser in Bayern bauen. Das würde dazu führen, dass der Atmosphäre sogar noch CO₂ entzogen würde. Das wären die nachhaltigsten und ökologischsten Spiele, die es je gegeben hat.

Ihr Motto lautet: Heiliger Sankt Florian, beschütze mein Haus, zünde das anderer an. Alles andere ist Ihnen egal. Das ist Ihre Politik. Ich glaube, mit dieser Politik werden Sie in Zukunft in Deutschland nicht mehr weit kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(D)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Lenkert.

Ralph Lenkert (DIE LINKE):

Kollege Meierhofer, Sie führen sich hier als der Verteidiger der normalen Gesellschaft auf. Ich weise Sie darauf hin: Ihr Sachverständiger hat in der Anhörung zur Laufzeitverlängerung auf meine Frage, ob die Kosten für die dauerhafte Lagerung des Atommülls in die Kalkulation der Wirtschaftlichkeit des Atomstroms eingegangen sind, sinngemäß gesagt: Nein, die Entsorgungskosten seien „nicht berücksichtigt“, weil bei diesen „große Unsicherheiten“ bestünden; das wird also später vom Steuerzahler bezahlt. – So verdrehen Sie die Tatsachen. Tatsache ist: Sie erhöhen die Kosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Noch ein Hinweis: Im aktuellen Strompreis sind Kosten für den Kauf an der Strombörse von etwa 4 Cent je Kilowattstunde enthalten, etwa 6 Cent Durchleitungsgebühren, zukünftig etwa 3,5 Cent für die EEG-Umlage und etwa 2 Cent Ökosteuer. Wenn ich 21 Cent pro Kilowattstunde bezahle, schiebe ich den Konzernen einen Profit von 8 bis 9 Cent in die Tasche. Da müssen Sie herangehen. Wenn Sie das machen würden, dann könnten Sie sagen, dass Sie für die kleinen Leute arbeiten. Da Sie das aber nicht machen und die Profite der Konzerne erhalten, sollten Sie solche Aussagen bitte lassen.

Ralph Lenkert

- (A) (Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Dorothea Steiner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Kollege Meierhofer, Sie können replizieren.

Horst Meierhofer (FDP):

Herr Lenkert, ich habe auf die Tatsache hingewiesen, dass wir die Wirtschaft in die Finanzierung einbeziehen; das gilt übrigens in erheblichem Maße auch für den Bereich der Endlagerung. Damit geht die Wirtschaft über das hinaus, wofür sie eigentlich verantwortlich gewesen wäre; sie zahlt Milliarden Euro extra. Für diesen Bereich müssten ansonsten die Steuerzahler und damit auch die kleinen Leute aufkommen. Dabei möchte ich die Debatte um die Mehrwertsteuer – auch hier kommt mehr Geld rein – außen vor lassen. Wenn Sie meinen, dass der Strom aufgrund der Tatsache, dass wir die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern, teurer wird, als wenn wir die Kernkraftwerke gleich abschalten würden, dann frage ich mich, welche Zusammenhänge Sie da im Kopf haben.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es könnte passieren, dass das eine oder andere **Kohlekraftwerk**, das CO₂ emittiert, abgeschaltet werden muss, wenn die Laufzeitverlängerung kommt; das möchte ich nicht ausschließen. Als Umweltpolitiker der Linken sind Sie im Gegensatz zu den anderen Politikern der Linken gegen die Kohle. Insofern würde es mich sehr interessieren, welche Meinung Sie dazu haben: Wie wollen Sie von den Linken die Klimaschutzziele erreichen, wenn Sie die Kohle bis zum jüngsten Tage weiter nutzen wollen?

- (B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Als letztem Redner in dieser Debatte erteile ich Kollegen Christian Ruck für die CDU/CSU das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum Schluss dieser Debatte zum Haushalt des Umweltministeriums auf den Ausgangspunkt zurückkommen. Wir befinden uns in einem Herbst der Entscheidungen, inmitten einer Auseinandersetzung um die Energiepolitik und zwischen zwei wichtigen internationalen Konferenzen, denen in Nagoya und Cancún. Einmal mehr gilt, dass wir mit unserem Handeln Einfluss auf internationales Geschehen nehmen können, mit unserer Wirtschaftskraft, unserer Technologie, unserem Engagement und Vorbild. Darauf sollten wir uns konzentrieren: Wir sollten zu einer seriösen Debatte zurückkehren. Dazu sind aber Teile von Rot-Grün und einige meiner Vorredner offensichtlich nicht imstande oder willens.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(C)

Herr Schwabe, wenn fünfmal von einer Lüge des Bundesumweltministers die Rede ist, dann zeigt das: Einige von Ihnen lassen jegliches Niveau vermissen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das tut mir leid; denn es geht um Schicksalsfragen für unsere Bevölkerung und für unsere Republik.

Lieber Norbert Röttgen, ich möchte ausdrücklich Dank sagen und dir zu den Erfolgen der deutschen Delegation auf dem Weltnaturschutzgipfel in Nagoya gratulieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das war ein wichtiger Erfolg, ein Erfolg auch dieser Bundesregierung. Es war auch der Erfolg eines interfraktionellen Antrages, der von der Union ausging, dem sich aber auch Rot-Grün angeschlossen haben. Insofern ist der Vorwurf, dass wir eine schlechte Umweltpolitik betreiben, an dieser Stelle völlig unsinnig.

Zum Thema **Biodiversität und Erhaltung der Schöpfung**. Hier haben die Grünen große Töne gespuckt. Ich möchte an dieser Stelle sagen, wo wir im Jahr 2005, als die Grünen aus der Bundesregierung ausscheiden mussten, im Bereich des Entwicklungshilfshaushalts standen: Dort waren 20 Millionen Euro für den Erhalt der Biodiversität vorgesehen; jetzt liegen wir bei 309 Millionen Euro. Das ist mehr als das 15-Fache von damals. Ich kann deswegen nur sagen: Ich begrüße es, wenn die Bundesregierung die Themen Klimaschutz und Erhaltung der Schöpfung ressortübergreifend aufgreift. Ich finde es unterirdisch und kleinkariert, wenn man immer auf nur einen Haushalt starrt und behauptet, dass die Bundesregierung die einzelnen Haushalte nicht koordiniert.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Ott, da Sie aus Nordrhein-Westfalen sind, möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Ich finde es richtig, dass im Haushalt des BMU die Mittel für den Naturschutz hochgefahren werden. Ich erinnere an das äußerst erfolgreiche Programm für die großen Naturschutzgebiete in Deutschland. Ich finde es auch richtig, dass es ein neues Programm für die Biodiversität im eigenen Land und für die Wiedervernetzung gibt. Das alles ist richtig, und es sind neue Initiativen aus dem BMU. Da Sie aus Nordrhein-Westfalen sind, darf ich Sie daran erinnern, dass **Naturschutz** in Deutschland Ländersache ist. Daher möchte ich Sie auffordern: Gehen Sie zu Ihren Koalitionären in Nordrhein-Westfalen und sorgen Sie dafür, dass auch in Nordrhein-Westfalen eine ordentliche Naturschutzpolitik betrieben wird. Das wäre Ihr Job.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sören Bartol [SPD]: Wer hat denn da die ganze Zeit regiert? – Ulrich Kelber [SPD]: Der Haushalt ist deutlich aufgestockt worden gegenüber der schwarz-gelben Zeit!)

Dr. Christian Ruck

- (A) Wenn hier im Zusammenhang mit der Konferenz in Cancún von Lüge gesprochen wird, möchte ich Sie, auch Sie, Herr Kelber, von Kollege zu Kollege bitten, erstens aufzuhören, so zu tun, als wäre Umweltpolitik im Rahmen der **Entwicklungszusammenarbeit** keine Entwicklungszusammenarbeit. Es war immer Konsens, auch mit Ihnen in der letzten Regierung,

(Ulrich Kelber [SPD]: Ganz vorsichtig jetzt!)

dass Umweltpolitik im BMZ ein überaus wichtiger Pfeiler ist und sie hinsichtlich der ODA-Quote natürlich berücksichtigt werden kann. Das ist das Erste.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie persönlich haben das zusätzlich beschlossen! Sie verleugnen sich jetzt gerade selbst, Herr Dr. Ruck!)

Die zweite Bemerkung zum Thema Lüge. Ich bitte darum, dass Sie sich noch einmal alle einschlägigen Positionen in allen Haushalten, die mit Cancún in Zusammenhang stehen – Clean Technology Fund der Weltbank, IKI, das Programm des BMU, und die konkreten bilateralen Zusagen des BMZ –, anschauen und wir 2013 Bilanz ziehen; denn erst dann ist klar, was die beiden Häuser im Bereich Klimaschutzpolitik zusätzlich beschlossen haben.

(Ulrich Kelber [SPD]: Herr Dr. Ruck, stehen Sie zu Ihrem Wort!)

Herr Kelber, die beiden Häuser, BMU und BMZ, haben gesagt, dass sie im Rahmen ihrer bilateralen Arbeit die Zusagen nach der Konferenz in Cancún erfüllen werden. Es ist ein Gebot der Fairness, dass man abwartet, ob ihnen das in den nächsten zwei, drei Jahren gelingt oder nicht.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Sie waren früher ehrlicher, Herr Dr. Ruck!)

Um zum Schluss zu kommen: Für Deutschland ist es wichtig, dass wir in Cancún mit einem Energieprogramm auftreten, das so ehrgeizige Ziele enthält, wie zuvor keine Industrienation sie formuliert hat, dass der Energie- und Klimafonds so gut ausgestattet wurde, wie das bisher bei keiner anderen Industrienation der Fall war, und dass wir mit einer konsistenten Energiepolitik antreten, die eben kein rot-grüner Blindflug ist, sondern auch berücksichtigt, dass wir die Klimaschutzziele mit dem Schutz von Arbeitsplätzen zusammenbringen müssen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Zig Millionen Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, wenn uns der Strompreis völlig aus dem Ruder läuft. Das ist Ihnen völlig gleichgültig; das ist aber eine tragende Säule unseres Programms.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: (C)

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegen Frank Schwabe.

Frank Schwabe (SPD):

Herr Dr. Ruck, es hilft nichts: Ich bleibe bei dem Vorwurf. In Kopenhagen wurden neue, zusätzliche Gelder zugesagt. Ich empfehle Ihnen in diesem Zusammenhang die wunderbare Tabelle von Oxfam und die wunderbare Website der niederländischen Regierung, auf der man sich informieren kann; es gibt nämlich Länder, die ihre Zusagen einhalten.

Wenn neue und zusätzliche Gelder in Höhe von 420 Millionen Euro pro Jahr und von 1,26 Milliarden Euro über die drei Jahre von 2010 bis 2012 zugesagt werden, aber am Ende der Anteil der neuen und zusätzlichen Gelder nur 10 Prozent beträgt, dann ist das eine Lüge. Es hilft alles nichts. So verliert man die Glaubwürdigkeit auf dem internationalen Parkett.

Sie meinen, dass es kurzfristig ist, sich nur auf den BMU-Haushalt zu beziehen und den Haushalt des BMZ nicht zu sehen. Ihre Kritik trifft nicht zu; denn ich beziehe mich auf beide Haushalte. Letztes Jahr hatten wir Haushaltstitel in Höhe von 35 Millionen Euro in beiden Haushalten. Diese sind jetzt gestrichen worden. Es bleibt nichts übrig. Die Wahrheit ist: Es ist nichts neu und zusätzlich hinzugekommen. Das ist eine große Hypothek für Cancún.

(Beifall bei der SPD) (D)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Straubinger das Wort.

Max Straubinger (CDU/CSU):

Herr Kollege Ruck, Sie haben auch das Energiekonzept der Bundesregierung angesprochen. Dagegen gab und gibt es Demonstrationen. Eine davon fand in München statt. Da hat sich der Oberbürgermeister der Stadt München, Christian Ude, in die Menschenkette mit eingereiht und skandiert: Abschalten! Abschalten!

(Ulrich Kelber [SPD]: Ja!)

Jetzt ist aber die **Stadt München** mit 25 Prozent am Kernkraftwerk Isar 2 beteiligt.

(Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Hört! Hört! – Ulrich Kelber [SPD]: Und sie ist bereit, es abschalten zu lassen!)

Der rot-grüne Münchner Stadtrat versucht seit mehreren Jahren – nach eigenen Angaben: ohne Erfolg –, diesen Anteil zu verkaufen. Würden Sie angesichts der großen Beteiligung an diesem Kernkraftwerk dieses Verhalten als unredliche oder sogar als verlogene Politik von SPD und Grünen in München bewerten?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) **Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**
Kollege Ruck, wollen Sie noch kurz erwidern? – Bitte schön.

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Ich gehe zunächst auf die letzte Kurzintervention ein.

Was mich wirklich ärgert, ist die Scheinheiligkeit,

(Ulrich Kelber [SPD]: Von Ihrem Kollegen Straubinger! Schlimm!)

mit der Rot-Grün diese Debatte führt. Natürlich ist es so, dass der größte Einnahmeposten der Stadtwerke München aus der Beteiligung an Isar 2 resultiert. Natürlich denken sie überhaupt nicht daran, aus dieser Beteiligung auszusteigen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Weil sie genau wissen, dass sie abgeschaltet werden sollen!)

Es ist eine Unverschämtheit gegenüber den Demonstranten, wenn der Oberbürgermeister an der Spitze des Zuges marschiert und das Gegenteil von dem fordert, was er jeden Tag macht. Das ist einfach scheinheilig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Sie lügen, Herr Dr. Ruck, ohne rot zu werden! Sie sind ein ganz schlimmer scheinheiliger Hetzer!)

Auch Ihre Demonstrationen gegen Pumpspeicherkraftwerke in Niederbayern und gegen den Bau neuer Stromnetze in Thüringen zeigen dieselbe Scheinheiligkeit.

(B) (Ulrich Kelber [SPD]: Sie verwenden einen Begriff, der auf Sie passt!)

Jetzt zu Ihnen, Herr Schwabe. Ich sage noch einmal: Sie sind schlecht informiert und haben keine Ahnung, wenn Sie nur auf den BMU-Haushalt schauen. Alleine die Beteiligung des **BMZ** an dem Weltbankvorhaben weist ein Volumen von 500 Millionen Euro auf. Hinzu kommen die jährlichen 110 Millionen Euro von IKI. Ich habe weiterhin gesagt: Den Rest haben die Häuser in bilateralen Verträgen zugesagt. So arbeitet das BMZ. Herr Schwabe, wenn Sie keine Ahnung von der Arbeit des BMZ haben, dann hören Sie auf, darüber zu reden.

(Sören Bartol [SPD]: Das ist doch nichts Zusätzliches! – Ulrich Kelber [SPD]: Es ist nicht zusätzlich! Es war schon da!)

– Doch. Es ist zusätzlich.

Bevor Sie jemand anderen der Lüge zeihen, sollten Sie selber mit dem Lügen aufhören. Das ist meine Meinung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Der Ertappte wehrt sich durch Aggressivität!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:
Ich schließe die Aussprache.

(C)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 16 – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – in der Ausschussfassung. Hierzu liegen vier Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Wir beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/3856, zu dem namentliche Abstimmung verlangt wurde. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen.

Sind die vorgesehenen Plätze an den aufgestellten Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Haben alle anwesenden Mitglieder des Hauses ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Wir setzen die Abstimmungen fort und kommen zu den drei Änderungsanträgen der Fraktion Die Linke.

Änderungsantrag auf Drucksache 17/3838. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dagegen haben gestimmt CDU/CSU, SPD, FDP. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich enthalten, und die Linke hat dafür gestimmt. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(D) Wir kommen zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/3839. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Linken und der Grünen abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag auf Drucksache 17/3840. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der drei Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Bis zum Vorliegen des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung unterbreche ich die Sitzung.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.59 bis 13.07 Uhr)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** bekannt: abgegebene Stimmen 586. Mit Ja haben gestimmt 136 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein haben 316 gestimmt, es gab 134 Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Vizepräsidentin Petra Pau**(A) Endgültiges Ergebnis**

Abgegebene Stimmen: 581;
davon
ja: 131
nein: 316
enthaltene: 134

Ja**DIE LINKE**

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Steffen Bockhahn
Eva Bulling-Schröter
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Nicole Gohlke
Diana Golze
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
(B) Dr. Barbara Höll
Andrej Hunko
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Löttsch
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Ingrid Remmers
Paul Schäfer (Köln)
Michael Schlecht
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke

Sabine Stüber
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Johanna Voß
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Katrin Werner
Jörn Wunderlich
Sabine Zimmermann

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Kerstin Andreae
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dorothea Steiner

Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Nein**CDU/CSU**

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Gitta Connemann
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-
Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger

Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübing
Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-
Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klant
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers
(Heidelberg)
Andreas G. Lämmel

(C)**(D)**

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | | |
|--|---|---|---|---|-----|
| (A) | Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Schön (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold | Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadeuhl
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöller
Willi Zylajew | Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Holger Krestel
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thoma
Florian Toncar
Serkan Tören | Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Reims-Murr) | (C) |
| Enthalten | | | | | |
| SPD | | | | | |
| Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Edelgard Bulmahn
Ulla Burchardt
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegfried Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Kerstin Griese
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic | | | | | |
| (B) | Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riëbsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schimbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte | FDP
Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans | (D) | | |

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | | |
|-----|---|---|---|---|-----|
| (A) | Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast | Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix | Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen | Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wiecek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Uta Zapf
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries | (C) |
|-----|---|---|---|---|-----|

Wir stimmen nun über den Einzelplan 16 in der Ausschussfassung ab. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Einzelplan 16 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt I.14 auf:

**Einzelplan 06
Bundesministerium des Innern**

- (B) – Drucksachen 17/3506, 17/3523 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Jürgen Herrmann
Norbert Barthle
Dr. Peter Danckert
Florian Toncar
Steffen Bockhahn
Stephan Kühn

Es liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, zwei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden wir später namentlich abstimmen. Außerdem hat die Fraktion Die Linke einen Entschließungsantrag eingebracht, über den wir morgen nach der Schlussabstimmung abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache anderthalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Olaf Scholz für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Olaf Scholz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren über ein schwieriges Thema, das gerade in der letzten Zeit viele Bürgerinnen und Bürger und all diejenigen, die für die Sicherheit in diesem Lande verant-

wortlich sind, bewegt. Ja, wir sind beim Thema „innere Sicherheit“ mit neuen Herausforderungen konfrontiert, Herausforderungen, die damit zu tun haben, dass sich der **internationale Terrorismus** mehr als in der Vergangenheit für Anschlagziele in der Bundesrepublik Deutschland interessiert. Das ist ein großes Problem. Deshalb ist es wichtig, dass wir versuchen, in der Frage der Bekämpfung dieser Bedrohung zusammenzustehen.

Ich glaube, hier darf nicht das einfache Spiel zwischen Regierung und Opposition stattfinden. Es ist notwendig, dass Regierung und Opposition gemeinsam versuchen, die richtige Politik zu machen, damit im Hinblick auf die Sicherheitslage Vertrauen gewährleistet ist. (D)

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Bundesregierung bzw. die Bundesminister, die für diesen Bereich zuständig sind, können sich darauf verlassen, dass sich die Sozialdemokratische Partei auch im Deutschen Bundestag in diesem Sinne verhalten wird.

Natürlich müssen wir uns Gedanken darüber machen, ob unsere Sicherheitsorgane ordentlich aufgestellt sind. Es reicht nicht, immer nur darüber zu reden. Das hat nämlich auch ganz konkrete und praktische Folgen. Es muss sichergestellt werden, dass in den verschiedenen Sicherheitsbehörden genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind.

(Beifall bei der SPD – Jan Korte [DIE LINKE]: Stimmt!)

Von daher sind wir fest entschlossen, dabei zu helfen, dass es nicht zu **Stellenkürzungen** kommt. Die Maßnahmen, die dazu bisher auf den Weg gebracht worden sind, reichen aus unserer Sicht nicht aus. Wir müssen dafür sorgen, dass die Sicherheitsbehörden unseres Landes gut ausgestattet sind. An dieser Stelle darf trotz schwieriger